

Münchener Anwaltshandbuch Straßenverkehrsrecht

6. Auflage 2025
ISBN 978-3-406-81301-6
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Bernd Höke (Hrsg.)
Münchener AnwaltsHandbuch
Straßenverkehrsrecht



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Münchener Anwalts Handbuch

Straßenverkehrsrecht

Herausgegeben von

Bernd Matthias Höke
Rechtsanwalt in Dortmund

Bearbeitet von:

Susanne Beckmann, Rechtsanwältin in Eichenbarleben; *Dr. Arnd Böhmer*, LL. M., Rechtsanwalt in Dortmund; *Ulrike Dronkovic*, Rechtsanwältin in Köln; *Henning Hamann*, Rechtsanwalt in Dortmund; *Bernd Matthias Höke*, Rechtsanwalt in Dortmund; *Leonora Holling*, Rechtsanwältin in Düsseldorf; *Jan Lukas Kemperdiek*, LL.M., Rechtsanwalt in Hagen; *Sven Kubnert*, Rechtsanwalt in München; *Dr. Daniela Mielchen*, Rechtsanwältin in Hamburg; *Lars Nitzsche*, Rechtsanwalt in Kehl am Rhein; *Joachim Otting*, Rechtsanwalt in Hünxe; *Michael Schacht*, Rechtsanwalt in Hannover; *Dr. Markus Schäpe*, Rechtsanwalt in München; *Nicole Vater*, Rechtsanwältin in Regensburg; *Milutin Zmijanjac*, Rechtsanwalt in Schorndorf; *Dr. Thomas Züll*, Richter am Verwaltungsgericht Aachen.

6., überarbeitete Auflage 2025



Zitervorschlag:
MAH StraßenverkehrsR/Bearbeiter § ... Rn. ...


beck.de

ISBN 978 3 406 81301 6

© 2025 Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
info@beck.de

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Druckerei C.H.Beck Nördlingen
Umschlag: Druckerei C.H.Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig
produktsicherheit.beck.de

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

Vorwort zur 6. Auflage

Kaum ein Rechtsgebiet ist ständig so stark in Bewegung wie das Straßenverkehrsrecht. So haben sich seit der Voraufgabe im Jahr 2019 zahlreiche Gesetzesänderungen, zB im Straßenverkehrsgesetz, dem Pflichtversicherungsgesetz und anderen Regelungen in Gesetz oder Verordnung ergeben. Teilweise fußten die Änderungen oder Ergänzungen auf Umsetzungen europarechtlicher Regelungen, teilweise dienten sie der Rechtsfortbildung oder Anpassung an geänderte Rahmenbedingungen wie zB der Cannabis-Legalisierung, die uns in der Praxis vor allem im Bereich des Verkehrsstrafrechts noch intensiv bewegen wird. Nur ein Aspekt von vielen ist dort die Einführung des Cannabis-Grenzwertes in § 24a StVG und Änderungen der Fahrerlaubnisverordnung.

Da das 10. Gesetz zur Änderung des StVG am 12.7.2024 in Kraft getreten ist und die 57. Verordnung zur Änderung straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften am 11.10.2024, konnten bis Redaktionsschluss nicht alle Facetten dieser Neuregelungen umfassend berücksichtigt werden. Dennoch sind zu den meisten Neuordnungen bereits Kommentierungen enthalten, so auch zur neu geregelten Motorsport- oder Anhängerversicherung.

Es waren auch zahlreiche Grundsatzurteile des BGH zu bearbeiten, die im Schadensersatzrecht erhebliche Auswirkung auf die praktische Abwicklung entsprechender Mandate hat. Ebenso schreitet die Regulierung und die praktische Bedeutung der E-Scooter und -Roller im Verkehrszivil- wie im Verkehrsstrafrecht voran. Die Zahl der Unfälle mit Beteiligung oder durch Verschulden von E-Scooter-Fahrern nehmen ständig zu, die Verletzungsfolgen für die Führer wie auch anderer Beteiligter sind oft erheblich.

Das Praxishandbuch ist weiterhin als ständiger Rat gebender Begleiter bei der Bearbeitung von Mandaten aus dem Bereich des Straßenverkehrsrechts konzipiert, der zu zahlreichen praxisrelevanten Themenbereichen neben qualifizierten Erläuterungen auch Handreichungen wie Mustertexte und Checklisten enthält. Die Ausarbeitungen der erfahrenen Autorinnen und Autoren sind fundiert und fokussiert auf die in der Praxis relevanten Sachverhalte und Rechtsthemen. Der Umfang des Werkes ist der nicht geringer werdenden Komplexität der Materie geschuldet, die oft nicht ausreichend erkannt wird. Die zum Teil existentiellen Folgen von Sachverhalten, die im Straßenverkehrsrecht zu bewältigen sind, erfordern exzellent ausgebildete Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, die durch ständige Fortbildung und den Blick in Kommentare und Rechtsprechungsübersichten auf dem Laufenden bleiben. Hierzu möchten wir einen kleinen Beitrag leisten und wünschen Ihnen als Nutzer dieses Handbuchs guten Erfolg bei der Bewältigung Ihrer straßenverkehrsrechtlichen Mandate.

Seit der Voraufgabe haben uns folgende Autoren verlassen, denen wir für ihre stets konstruktive und engagierte Mitwirkung danken: Klaus Baschek, Paul Kuhn, André Samberg und Stephan Schmid

Wir konnten für diese Auflage als neue Autorinnen und Autoren ebenso fachlich versierte wie motivierte Mitstreiter gewinnen: Susanne Beckmann, Leonora Holling, Jan Lukas Kemperdiek LL.M., Lars Nitzsche und Milutin Zmijanac.

Mein dank gilt allen Mitwirkenden, insbesondere im Verlag C.H.BECK dem Projektleiter und Lektor Dr. Burkhard Schröder und Frau Gabriele Atzenhofer.

Für Anregungen, die uns die Weiterentwicklung des Werkes ermöglichen, sind wir jederzeit dankbar.

Dortmund, im März 2025

Bernd Höke

Vorwort zur 1. Auflage

Das vorliegende Werk als Anwaltshandbuch zum Straßenverkehrsrecht, also als umfassendes Werk zu diesem speziellen Rechtsgebiet, behandelt diese umfangreiche Rechtsmaterie in einem Band in vier Teilbereichen, nämlich – Verkehrsstraf- und OWi-Recht, – verwaltungsrechtliche Führerscheilverfahren, – Straßenverkehrshaftungsrecht, – Recht der Kraftfahrtversicherung.

Die Darstellung des Straßenverkehrsrechtes in den vorgenannten vier Teilbereichen wurde erstmals vom Verfasser in dem vorangegangenen Werk mit dem Titel „Straßenverkehrsrecht in der Praxis“ angewandt. Ziel des Werkes ist es zunächst, die genannten Teilbereiche des Straßenverkehrsrechtes, orientiert an der gebotenen ganzheitlichen Betrachtung, in ihren rechtlichen Verknüpfungen und Wechselwirkungen darzustellen. Hierbei ist nämlich zu vergegenwärtigen, dass bei allen genannten Teilbereichen verknüpfte rechtliche Konsequenzen in Betracht kommen. So haben zB die Einlassung und das Ergebnis eines Ermittlungs-, Straf- oder OWi-Verfahrens Auswirkungen auch auf das Recht der Fahrerlaubnis, also das Behalten oder die Wiedererteilung der Fahrerlaubnis, die Feststellungen zur Eignung und speziell zu den Voraussetzungen der Wiedererteilung der Fahrerlaubnis, zB nach Entzug im Strafverfahren. Ebenso haben Einlassungen und das Ergebnis eines Straf- und Ordnungswidrigkeitenverfahrens Auswirkungen auf die haftungsrechtliche Beurteilung beim Unfallschaden. Weiter können sich Konsequenzen ergeben zum Versicherungsschutz, etwa in der Fahrzeugversicherung und auch hinsichtlich eines potenziellen Regresses der Versicherung als Pflichtversicherung, zBz. B. bei der Teilnahme am Straßenverkehr unter der Wirkung von Alkohol, Drogen oder bei dem etwa im Raum stehenden Vorwurf der Verkehrsunfallflucht. Die aufgezeigten Zusammenhänge und Wechselwirkungen müssen bei der Bearbeitung einer verkehrsrechtlichen Angelegenheit gesehen und im Sinne des Betroffenen richtig behandelt werden.

Die Komplexität, Schwierigkeit und die nicht selten existenzielle Bedeutung eines straßenverkehrsrechtlichen Vorganges für Betroffene werden in der Praxis häufig nicht richtig oder zu gering eingeschätzt. Ebenso werden die rechtlichen Zusammenhänge in der Praxis nicht selten übersehen, und dies kann für Betroffene erhebliche, manchmal existenzielle Nachteile haben. Ziel des Werkes ist es, einmal die Materie „Straßenverkehrsrecht“ umfassend und insbesondere in den verknüpften Rechtsfolgen darzustellen und dem Benutzer einen umfassenden Leitfaden zu bieten. Die Kenntnis von der Materie „Straßenverkehrsrecht“ und von den rechtlichen Zusammenhängen schafft Kompetenz und Sicherheit bei der Bearbeitung eines verkehrsrechtlichen Sachverhaltes.

Bei der facetten- und ebenso umfangreichen Materie des Straßenverkehrsrechtes ist es erkennbar schwierig, alle Einzelfragen umfassend und vertieft zu behandeln. Bei der Themenbehandlung erschien es aber besonders wichtig, auf alle Einzelfragen einzugehen. Hierzu kann verwiesen werden auf die umfassende und differenzierte Gliederung. Es wurde Wert darauf gelegt, alle praxisrelevanten Fragen umfassend darzustellen, so dass das Werk eine weitere Grundlage ist für die Bearbeitung eines verkehrsrechtlichen Mandates. Andererseits will das Werk nicht Anspruch auf wissenschaftliche Vertiefung von Einzelfragen erheben. Hierzu werden im Einzelfall Hinweise auf weiterführende und vertiefende Literatur gegeben. Die Verbindung zwischen der praxisorientierten Darstellung und den umfassenden Hinweisen auf weiterführende und vertiefende Literatur rechtfertigt den Anspruch des Werkes, „Anwaltshandbuch des Straßenverkehrsrechtes“ zu sein.

Die dem Werk vorangestellte Inhaltsübersicht und die umfassende Gesamtgliederung, orientiert an der Einteilung des Werkes in die vier Kernthemen des Verkehrs-

rechtes, ermöglichen einen sicheren Überblick über die Thematik und das Auffinden der Darstellung zu Einzelthemen. Die Nutzung des Werkes soll auch noch dadurch erleichtert werden, dass jedem der 49 Paragraphen wiederum die Gliederung zum jeweiligen Themenbereich vorangestellt ist in Verbindung mit der Darstellung der jeweiligen Spezialliteratur.

Jeder der vier Kernbereiche der Materie „Straßenverkehrsrecht“ wird behandelt entsprechend dem Bearbeitungsablauf, also beginnend mit der Annahme des Mandates, der Sachverhaltsdarstellung, bis hin zur finanziellen bzw. Gebührenabwicklung und der eventuellen Beteiligung von Rechtsschutz. Die Themenbehandlung hat die Position desjenigen vor Augen, der eine verkehrsrechtliche Angelegenheit zu regeln hat, speziell des Anwaltes, der einen in einer Verkehrsangelegenheit Betroffenen zu beraten und/oder zu vertreten hat. Dies kommt auch in einer Besonderheit des Werkes zum Ausdruck. So werden in jedem der vier Teilbereiche des Werkes, orientiert an der speziellen Thematik, bestimmte, sich zu jedem Themenbereich wiederholende Problemstellungen behandelt, nämlich

- Mandatsannahme und -organisation,
- Rechtsmittel und Rechtsmittelverfahren,
- Beteiligung von Rechtsschutz sowie
- Vergütung des Anwaltes einschließlich Beratungs- und Prozesskostenhilfe.

Um die Arbeit in der praktischen Abwicklung zu unterstützen, werden zahlreiche Checklisten, so zB zur Annahme des Mandates oder zu Schadenpositionen, geboten. Darüber hinaus sind zu zahlreichen Einzelfragen Übersichten integriert. Weiter werden jeweils im Text zu wichtigen und sich wiederholenden Arbeitsschritten Mustertexte und Formulierungsvorschläge geboten. Hierdurch soll die Abwicklung von routinemäßigen und sich wiederholenden Arbeitsschritten und insbesondere Schriftsätzen erleichtert und eine rationelle Arbeitsweise gefördert werden.

Anliegen und Zielsetzung des Werkes, eine praxisorientierte Darstellung der Materie „Straßenverkehrsrecht“ zu bieten, wird ergänzt durch einen Anhang. Dieser bietet zu jedem der genannten Teilbereiche des „Straßenverkehrsrechts“ zunächst einen Mustertext für die sinnvolle Information des Mandanten zum Ablauf der verkehrsrechtlichen Angelegenheit. Darüber hinaus enthält der dem Werk angefügte Anhang zu jedem Teilbereich wichtige Informationen und praxisorientierte Arbeitshilfen und Übersichten.

Besonders dankbar bin ich für die hilfreiche und engagierte Unterstützung durch Frau Gabi Frank bei der Erstellung des Manuskriptes. Dem Verlag C. H. Beck, namentlich Herrn Dr. Schäfer, danke ich für die professionelle Unterstützung.

Das Werk will eine kompakte und zugleich umfassende Grundlage für die Bearbeitung von Angelegenheiten des Straßenverkehrsrechtes sein. Die Themen werden praxisorientiert behandelt mit ausführlichen Hinweisen auf Rechtsprechung sowie weiterführende und vertiefende Literatur. Rechtsprechung und Literatur sind bearbeitet zum Stand vom 1.3. März 2001.

Autor und Verlag sind für Anregungen zur weiteren Entwicklung des Werkes dankbar.

Düren/Köln, im April 2001

Hans Buschbell



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	XI
Bearbeiterverzeichnis	XLV
Abkürzungsverzeichnis	XLVII
Literaturverzeichnis	LIII

Teil A. Mandatsannahme und -organisation

§ 1 Allgemeine Grundlagen der Mandatsannahme und -organisation in verkehrsrechtlichen Angelegenheiten (<i>Höke</i>)	1
---	---

Teil B. Das verwaltungsrechtliche Führerscheinverfahren (Erteilung, Entzug, Wiedererteilung)

§ 2 Mandatsannahme und -organisation im Führerscheinverfahren (<i>Zmijanjac</i>)	19
§ 3 Erwerb und Geltung der Fahrerlaubnis sowie Fragen zur im Ausland erworbenen Fahrerlaubnis (<i>Dronkovic</i>)	22
§ 4 Die Voraussetzungen für die Erteilung und Wiedererteilung der Fahrerlaubnis (<i>Dronkovic</i>)	47
§ 5 Allgemeine Maßnahmen und Maßnahmen der Fahrerlaubnisbehörde bei Probeführerschein und nach dem Fahreignis-Bewertungssystem (<i>Dronkovic</i>)	103
§ 6 Beratung und Therapien (<i>Dronkovic</i>)	122
§ 7 Rechtsschutz und Rechtsschutzverfahren im Verkehrsverwaltungsrecht (<i>Züll</i>)	133
§ 8 Beteiligung von Rechtsschutz im verwaltungsrechtlichen Führerscheinverfahren (<i>Zmijanjac</i>)	153
§ 9 Die Anwaltsvergütung im verwaltungsrechtlichen Führerscheinverfahren (<i>Holling</i>)	161

Teil C. Das verkehrsrechtliche Straf- und OWi-Verfahren

§ 10 Mandatsannahme und -organisation im Straf- und OWi-Verfahren (<i>Schäpe</i>)	171
§ 11 Beratung, Bestellung und Tätigkeit als Verteidiger im Ermittlungsverfahren (<i>Schäpe</i>)	190
§ 12 Feststellung von Verkehrsverstößen (<i>Schäpe</i>)	210
§ 13 Klärung von Rechtsfragen (<i>Schäpe</i>)	247
§ 14 Verteidigertätigkeit in der Hauptverhandlung (<i>Schäpe</i>)	290
§ 15 Verteidigung und Vertretung bei – drohender – Führerscheinmaßnahme (<i>Schäpe</i>)	311
§ 16 Rechtsmittel und Rechtsmittelverfahren (<i>Schäpe</i>)	338
§ 17 Kostenerstattung und Gesuche (<i>Schäpe</i>)	352
§ 18 Nebenklage und Adhäsionsverfahren (<i>Schäpe</i>)	356
§ 19 Beteiligung von Rechtsschutz im verkehrsrechtlichen Straf- und OWi-Verfahren (<i>Beckmann</i>)	361

Inhaltsübersicht

§ 20 Die Anwaltsvergütung im verkehrsrechtlichen Straf- und OWi-Verfahren (<i>Holling</i>)	387
Anhang Teil C (<i>Holling</i>)	413

Teil D. Haftungs- und Schadensrecht

§ 21 Mandatsannahme und -organisation im Haftungs- und Schadensrecht (<i>Nitzsche</i>)	441
§ 22 Die außergerichtliche Geltendmachung von Haftpflichtansprüchen gegen Schädiger und Haftpflichtversicherung – Schadenmanagement (<i>Hamann</i>)	444
§ 23 Haftungsrecht und Beweisfragen (<i>Hamann</i>)	495
§ 24 Der Sachschaden – Grundlagen und einzelne Schadenpositionen (<i>Hamann</i>)	568
§ 25 Die Regulierung von Personenschäden – Haftungs- und Beweisfragen (<i>Höke</i>)	622
§ 26 Die Ansprüche bei Schwerstverletzungen – Personengroßschäden (<i>Höke/Schacht</i>)	636
§ 27 Die Ansprüche mittelbar Geschädigter und Dritter (<i>Höke/Schacht</i>)	732
§ 28 Schadensminderungspflicht und Vorteilsausgleich (<i>Kemperdiek</i>)	755
§ 29 Der Arbeits- und Wegeunfall (<i>Höke</i>)	768
§ 30 Der Regress des Sozialversicherungsträgers und sonstiger Leistungsträger (<i>Schacht</i>)	784
§ 31 Der Unfall mit Auslandsberührung (<i>Nitzsche</i>)	802
§ 32 Die Beteiligung von Rechtsschutz und Prozessfinanzierung im Haftungs- und Schadensrecht (<i>Kuhnert</i>)	821
§ 33 Die Anwaltsvergütung bei der Unfallschadenabwicklung (<i>Nitzsche</i>)	843
Anhang Teil D (<i>Schäpe</i>)	873

Teil E. Verfahrensrecht, Steuerrecht und Haftungsrecht

§ 34 Fristen, Verzug, Verjährung (<i>Höke</i>)	893
§ 35 Steuerliche Aspekte der Unfallschadenregulierung (<i>Höke</i>)	902
§ 36 Verhandlung, Kapitalisierung und Abfindungsvergleich (<i>Schacht</i>)	909
§ 37 Der Kraftschadenprozess (<i>Vater</i>)	927
§ 38 Der Anwalt in eigener Sache, Haftungsrisiko und Rechtsdienstleistungsgesetz (<i>Vater</i>)	957

Teil F. Vertragliche Beziehungen im Verkehrsrecht – „Verkehrsvertragsrecht“

§ 39 Mandatsannahme und -organisation im Verkehrsvertragsrecht (<i>Hamann</i>)	963
§ 40 Der Pkw-Kauf (<i>Otting</i>)	968
§ 41 Das Pkw-Leasing (<i>Hamann</i>)	1037
§ 42 Die Pkw-Reparatur (<i>Hamann</i>)	1050

Teil G. Die Kraftfahrtversicherung

§ 43 Mandatsannahme und -organisation im Kraftfahrtversicherungsrecht (<i>Nitzsche</i>)	1065
§ 44 Rechtsgrundlagen der Kraftfahrtversicherung (<i>Nitzsche</i>)	1066
§ 45 Der Versicherungsvertrag in der Kraftfahrtversicherung (<i>Kemperdiek</i>) ..	1086

§ 46	Die Kraftfahrthaftpflichtversicherung (<i>Höke</i>)	1114
§ 47	Die Fahrzeugversicherung – Teilkaskoversicherung (A.2.2.1 AKB 2015) (<i>Böhmer</i>)	1140
§ 48	Die Fahrzeugversicherung – Vollkaskoversicherung (A.2.2.2 AKB 2015) (<i>Böhmer</i>)	1160
§ 49	Die Kfz-Unfallversicherung (A 4 AKB 2015) (<i>Kemperdiek</i>)	1177
§ 50	Schutzbriefversicherung (A.3 AKB 2015) (<i>Böhmer</i>)	1185
§ 51	Fahrerschutzversicherung (A.5 AKB 2015) (<i>Böhmer</i>)	1190
§ 52	Leistungsfreiheit und Regress in der Kraftfahrtversicherung (<i>Kemperdiek</i>)	1196
§ 53	Verfahrensrecht in der Kraftfahrtversicherung (<i>Zmijanjac</i>)	1205
§ 54	Die Beteiligung von Rechtsschutz in der Kraftfahrtversicherung (<i>Beckmann</i>)	1219
§ 55	Die Anwaltsvergütung in der Kraftfahrtversicherung (<i>Holling</i>)	1230

Teil H. Sonstige Rechtsgebiete und Verfahren mit straßenverkehrsrechtlichem Bezug

§ 56	Sozialvorschriften – Lenk- und Ruhezeiten (<i>Mielchen</i>)	1239
§ 57	Transportrecht, Gefahrgut und LKW-Maut (<i>Mielchen</i>)	1266
§ 58	Einziehungsverfahren gemäß § 29a OWiG (<i>Mielchen</i>)	1313
Sachverzeichnis		1331

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Teil A. Mandatsannahme und -organisation

§ 1 Allgemeine Grundlagen der Mandatsannahme und -organisation in verkehrsrechtlichen Angelegenheiten	
I. Der Verkehrsunfall – ein Massenphänomen	2
1. Der Verkehrsunfall – ein Massenphänomen, Ursache für menschliche Tragik und wirtschaftliche Beeinträchtigungen	2
II. Das Verkehrsrecht – eine facettenreiche Materie	4
1. Die verschiedenen Rechtsgebiete mit Bezug zum Verkehrsrecht	4
2. Die Organisation der Mandatsführung	4
3. Checkliste zur Mandatsannahme und Mandatsabwicklung für außergerichtliche Geltendmachung und Kraftschadenprozess	4
III. Die Gefahr der Interessenkollision	6
1. Die Gefahr der Interessenkollision, speziell im Straßenverkehrsrecht ..	7
2. Die Gefahr des Parteiverrates	8
3. Möglichkeiten zum Ausschluss der Doppelvertretung	8
IV. Organisation der Akte und Korrespondenz sowie Nutzung moderner Technik	9
1. Unfallaufnahme sowie Mandanten- und Stammdatenerfassung	9
2. Nutzung von Arbeitshilfen	12
3. Nutzung elektronischer Kommunikation	13
4. Anwaltsvertrag als Fernabsatzvertrag	13
V. Die notwendige Kompetenz und Wissensmanagement	14
1. Die notwendige Kompetenz	14
2. Kommunikation zwischen Anwalt und Mandant	15
3. Wissensmanagement	15
VI. Kooperation mit Spezialisten	15
VII. Besonderheiten beim Auslandsunfall	16
1. Allgemeines	16
2. Das richtige Vorgehen	16
3. Die Schadenpositionen	16
VIII. Der Unfall mit Schwerverletzten – eine besondere Herausforderung	16
IX. Die Beteiligung von Rechtsschutz	16
X. Die Vergütungsfrage	17
1. Die gesetzliche Vergütung	17
2. Hinweispflichten des Rechtsanwaltes	17
3. Die Vergütungsvereinbarung und Erfolgshonorar	18

Teil B. Das verwaltungsrechtliche Führerscheilverfahren (Erteilung, Entzug, Wiedererteilung)

§ 2 Mandatsannahme und -organisation im Führerscheilverfahren	
I. Mandatsannahme und Beratung	19
1. Existenzielle und wirtschaftliche Bedeutung der Fahrerlaubnis	19
2. Die Möglichkeiten, die Fahrerlaubnis zu erhalten, zu behalten oder wiederzuerlangen	19
3. Beratung zu besonderen Möglichkeiten	20

Inhaltsverzeichnis

II. Vergütung und Rechtsschutzdeckung	20
III. Konkrete Ratschläge zu Verhalten und Vorgehen	20
§ 3 Erwerb und Geltung der Fahrerlaubnis sowie Fragen zur im Ausland erworbenen Fahrerlaubnis	
I. Rechtliche Grundlagen	22
1. Überblick	22
2. Die wichtigsten Regelungen im Einzelnen	23
II. Erwerb der Fahrerlaubnis	25
1. Grundsatz der Freiheit zur Teilnahme am Straßenverkehr	25
2. Die Erlaubnispflicht für das Führen von Kraftfahrzeugen	26
3. Fahrerlaubnis auf Probe, Vorbesitz anderer Fahrerlaubnisklassen, Befristung und Einschränkung der Fahrerlaubnis	32
4. Erteilung der Fahrerlaubnis	35
5. Neuerteilung der Fahrerlaubnis	37
6. Verlängerung einer Fahrerlaubnis	38
7. Ersatzführerschein	38
8. Internationaler Führerschein	39
III. Im Ausland erworbene Fahrerlaubnisse	39
1. Inhaber einer ausländischen Fahrerlaubnis ohne deutschen Wohnsitz ..	39
2. Inhaber einer EG- und EWR-Fahrerlaubnis mit deutschem Wohnsitz ..	41
3. Inhaber einer Drittstaaten-Fahrerlaubnis mit deutschem Wohnsitz	46
§ 4 Die Voraussetzungen für die Erteilung und Wiedererteilung der Fahrerlaubnis	
I. Die Begriffe der Eignung und Ungeeignetheit	48
1. Der Begriff der Eignung	48
2. Bedingte Eignung	50
3. Teileignung	50
II. Eignungszweifel bei Alkoholproblematik	51
1. Rechtliche Grundlagen	51
2. Die Fälle der alkoholbedingten Fahrungsgeeignetheit	51
3. Wiederherstellung der Eignung	53
III. Eignungszweifel bei Cannabis, Betäubungsmitteln und Arzneimitteln	55
1. Die verstärkte Drogenproblematik	55
2. Kontrollen und Maßnahmen der Polizei	56
3. Die Beurteilung der Eignung bei Drogenkonsum in der Rspr.	57
4. Wiederherstellung der Eignung	61
IV. Die Prüfung der Eignung	62
1. Allgemeines	62
2. Die Aspekte bei der Eignungsprüfung im Einzelnen	64
3. Besondere Eignungsanforderungen für die Fahrerlaubnis der Klassen D, D1, DE und D1E sowie zur Fahrgastbeförderung	65
4. Änderungen in den Eignungsvoraussetzungen	66
5. Bedeutung der strafrechtlichen Beurteilung der Eignung für die Fahrerlaubnisbehörde	69
6. Konsequenzen aus der strafrechtlichen Beurteilung der Ungeeignetheit	69
7. Erkenntnisquellen für die Fahrerlaubnisbehörde	72
V. Die Befähigung	75
1. Die Befähigung und ihr Nachweis durch theoretische und praktische Prüfung	75
2. Ausnahmen vom Erfordernis des Nachweises der Befähigung	75

VI. Mögliche Anlässe zur Begutachtung, Anforderungen an Begutachtungen und Inhalt des Gutachtens	76
1. Einzelfragen zu möglichen Anlässen der Begutachtung für Fahreignung im Verwaltungsverfahren	76
2. Musterschriftsätze bei Anordnung zur Begutachtung der Fahreignung ..	88
VII. Rechtliche Anforderungen an eine Begutachtungsanordnung	89
1. Gesetzliche Grundlagen der Begutachtung	89
2. Das Begutachtungsverfahren	95
3. Erneute Begutachtung, Obergutachten	98
VIII. Anforderungen an Gutachten	99
1. Notwendiger Inhalt des Gutachtens	99
2. Auswertung des Gutachtens	100
§ 5 Allgemeine Maßnahmen und Maßnahmen der Fahrerlaubnisbehörde bei Probeführerschein und nach dem Fahreignungs-Bewertungssystem	
I. Allgemeine Maßnahmen (Verkehrsunterricht, Fahrtenbuch)	104
1. Verkehrsunterricht	104
2. Fahrtenbuch	104
II. Maßnahmen bei Fahrerlaubnis auf Probe	107
1. Voraussetzungen für Maßnahmen	108
2. Die Maßnahmen im Einzelnen	108
3. Neuerteilung der Fahrerlaubnis auf Probe nach Entziehung	111
4. Maßnahmen nach Neuerteilung der Fahrerlaubnis auf Probe	111
5. Übersicht: Maßnahmen der Fahrerlaubnisbehörde bei Fahrerlaubnis auf Probe	112
III. Das Fahreignungs-Bewertungssystem, das Fahreignungsregister und sonstige Register	113
1. Fahreignungsregister, Grundlagen und Zweckbestimmung	113
2. Eintragungen in das Fahreignungsregister	113
3. Tilgung von Eintragungen	114
4. Verwertung von Eintragungen	116
IV. Maßnahmen nach dem Fahreignungs-Bewertungssystem	117
1. Punktebewertung	117
2. Die in Betracht kommenden Maßnahmen	118
3. Besonderheiten bei speziellen Sachverhalten der Punkteberechnung	120
4. Neuerteilung der Fahrerlaubnis nach Entziehung	121
§ 6 Beratung und Therapien	
I. Sachverhaltsklärung	122
1. Akteneinsicht gemäß § 29 VwVfG, § 100 VwGO	122
2. Auswertung der Akten	123
3. Hinweis auf Vorbereitungskurse durch Fahrerlaubnisbehörde	123
II. Frühzeitige Darstellung der Problematik	124
1. Das Mandantengespräch	124
2. Information und Belehrung für Betroffene	125
3. Die Nutzung der Zeit ab – drohender – Entziehung der Fahrerlaubnis ..	126
III. Vorbereitung auf Begutachtung für Fahreignung	126
1. Vorbereitung ist sinnvoll und notwendig	126
2. Möglichkeiten der Vorbereitung auf die Begutachtung	127
3. Die Begutachtung für Fahreignung und das richtige Verhalten – Ratschläge an den Mandanten	128
4. Information über den Ablauf der Begutachtung	129
5. Beratung bei negativem Ergebnis der Begutachtung	131

Inhaltsverzeichnis

IV. Gebühren und Kosten für die Teilnahme an Kursen und Begutachtung ..	132
1. Verwaltungsgebühren	132
2. Die Kosten der Begutachtung	132
3. Kosten für Teilnahme an Kursen	132
4. Anwaltsgebühren	132
§ 7 Rechtsschutz und Rechtsschutzverfahren im Verkehrsverwaltungsrecht	
I. Mandanteninteresse und Verfahrensbeschleunigung	133
1. Verfahrensbeschleunigung vor dem Verwaltungsverfahren	133
2. Verfahrensbeschleunigung während des Verwaltungsverfahrens	134
3. Verfahrensbeschleunigung durch Eilrechtsschutz	134
II. Maßnahmen außerhalb des förmlichen Rechtsbehelfsverfahrens	134
1. Die Anordnung zur Beibringung eines Gutachtens	134
2. Erörterung mit der Fahrerlaubnisbehörde	136
3. Dienstaufsichtliche Maßnahmen	137
III. Die einzelnen Rechtsbehelfe	137
1. Grundsätzliches	137
2. Widerspruch	138
3. Klage zum Verwaltungsgericht	138
4. Vorgehen bei sofortiger Vollziehbarkeit	144
5. Beschwerde	148
6. Berufung	149
7. Revision/Sprungrevision	150
8. Wiedereinsetzung	151
IV. Streitwert	151
§ 8 Beteiligung von Rechtsschutz im verwaltungsrechtlichen Führerscheinverfahren	
I. Der Versicherungsschutz	153
1. Allgemeines	153
2. Die Regelungen in den ARB	153
II. Die Rechtsschutzdeckung im Verkehrsverwaltungsrecht	155
1. Mögliche Fallgestaltungen	155
2. Verkehrsrechtliche Anordnungen ohne Rechtsschutzdeckung im verkehrsrechtlichen Verwaltungs-Rechtsschutz	156
III. Voraussetzungen der Rechtsschutzgewährung	157
1. Vorliegen eines Versicherungsfalles	157
2. Interessenwahrnehmung vor Verwaltungsbehörde oder Verwaltungsgericht	158
IV. Leistungsumfang	158
1. Der Leistungsumfang nach ARB	158
2. Kosten/Gebühren für Begutachtung für Fahreignung (BfF)/MPU	158
§ 9 Die Anwaltsvergütung im verwaltungsrechtlichen Führerscheinverfahren	
I. Kosten im Allgemeinen	161
II. Gebühren der Fahrerlaubnisbehörde	162
III. Rechtsanwaltsvergütung	162
1. Beratung	162
2. Außergerichtliche Gebühren im Verwaltungsverfahren	164
3. Gebühren-/Auslagenerstattung	167
4. Die Gebühren im Verfahren vor den Verwaltungsgerichten	167

IV. Gegenstandswert	168
1. Allgemeines/Grundlagen	168
2. Streitwertkatalog für die Verwaltungsgerichtsbarkeit, speziell zum Bereich Verkehrsrecht (Fassung 31.5./1.6./18.7.2013)	168
V. Beratungs- und Prozesskostenhilfe	169
1. Beratungshilfe	169
2. Prozesskostenhilfe	170

Teil C. Das verkehrsrechtliche Straf- und OWi-Verfahren

§ 10 Mandatsannahme und -organisation im Straf- und OWi-Verfahren

I. Prüfung möglicher Interessenkollisionen	172
1. Die Gefahr der Interessenkollision	173
2. Die Gefahr des Parteiverrates	173
3. Möglichkeiten zum Ausschluss der Doppelvertretung	174
II. Annahme des Mandates	174
1. Mandatsanbahnung	174
2. Die Vollmacht	175
3. Anzahl der Verteidiger	176
4. Verbot der gemeinschaftlichen Verteidigung, § 146 StPO	177
5. Pflichtverteidigung	177
III. Beratung zum Verfahrensablauf und zu Fragen des richtigen Verhaltens .	178
1. Allgemeine Information	178
2. Verkehrsverstöße im Ausland	178
3. Verhalten gegenüber Ermittlungen der Polizei	179
4. Eintragungen im Bundeszentralregister und in das Fahreignungsregister	180
5. Verjährungsfristen	181
6. Mögliche sofortige Maßnahmen	181
7. Die Situation bei – drohender – Führerscheinmaßnahme	182
8. Kontakt mit Verletzten/Hinterbliebenen	182
IV. Die Gebührenfrage und Klärung der Beteiligung von Rechtsschutz	183
1. Gesetzliche Gebühren	183
2. Erstattung notwendiger Auslagen durch die Staatskasse	183
3. Vergütungsvereinbarung	184
4. Beteiligung von Rechtsschutz	185
V. Organisation der Akte	186
1. Allgemeine Grundsätze	186
2. Nutzung von Mandanten- und Aktenstammdaten	186
3. Organisatorische Hilfen	186
VI. Informations- und Wissensbeschaffung	187
1. Grundsätzliches	188
2. Klärung des Sachverhaltes	188
3. Klärung rechtlicher Thematik	188
4. Informationsbeschaffung	188
VII. Nutzung programmierter Textverarbeitung	189

§ 11 Beratung, Bestellung und Tätigkeit als Verteidiger im Ermittlungsverfahren

I. Bestellung und Tätigkeit als Verteidiger	191
1. Bestellung	191
2. Akteneinsicht	191

Inhaltsverzeichnis

II. Verteidigungsstrategie	193
1. Fragen zur Feststellung des Verantwortlichen	193
2. Beachtung haftungs- und versicherungsrechtlicher Konsequenzen	196
III. Eigene Ermittlungen des Verteidigers	197
1. Zulässigkeit eigener Ermittlungen des Verteidigers	197
2. Möglichkeiten eigener Ermittlungen des Verteidigers	197
3. Die Durchführung eigener Ermittlungen	197
IV. Ziel der Verteidigung	201
1. Einstellung im strafrechtlichen Verfahren	202
2. Verwarnung mit Strafvorbehalt	204
3. Erledigung durch Strafbefehl	204
4. Vorbereitung der Hauptverhandlung	204
5. Einstellung des Bußgeldverfahrens	204
6. Erledigung durch Beschlussscheid gemäß § 72 OWiG	205
V. Musterschritsätze	206
1. Bestellung bei Polizei	206
2. Bestellung bei Staatsanwaltschaft, Bußgeldstelle, Gericht	207
3. Bestellung, speziell in Trunkenheitssache	207
4. Aktenanforderung für Aktenauszug	208
5. Erklärungen zur Terminierung	208
6. Vertagung	208
7. Schreiben an Staatsanwaltschaft/Gericht wegen Einstellung	209
8. Auftrag an Kollegen zur Terminvertretung	209
§ 12 Feststellung von Verkehrsverstößen	
I. Allgemeine Fragen zur Feststellung von Verkehrsverstößen	211
1. Messungen durch Kommunen	212
2. Keine Messung durch Private	212
3. Behinderung oder Beeinträchtigung von Feststellungen und Einrichtungen	212
4. Verfahren zur Feststellung von Verkehrsverstößen	213
II. Geschwindigkeitsmessverfahren	215
1. Praktische Fragen zur Geschwindigkeitsüberschreitung	216
2. Radarmessverfahren	216
3. Laser-Geschwindigkeitsmesssysteme	217
4. Lichtschranken-Messverfahren	218
5. Messgeräte mit Drucksensoren	220
6. PoliScan	221
7. TraffiStar S 350	221
8. Geschwindigkeitsermittlung durch Nachfahren	221
9. ProViDa	222
10. Geschwindigkeitsmessung von einer Brücke herab	223
11. Feststellung der Geschwindigkeit aufgrund Fahrtenschreiber	223
12. Notwendige richterliche Feststellung	223
13. Richtlinien der einzelnen Bundesländer	223
III. Abstandsmessverfahren	224
1. Rechtsfragen zum erforderlichen Abstand	224
2. Die Messverfahren im Einzelnen	224
IV. Rotlichtüberwachungsanlagen	227
1. Ahndung von Rotlichtverstoß	227
2. Die Rotlichtüberwachungsanlagen	227
3. Feststellung durch Beobachtung	229
4. Voraussetzungen für die Feststellung eines qualifizierten Rotlichtverstoßes	229
5. Notwendige tatrichterliche Feststellungen	229

V. Verstöße im Zusammenhang mit der Nutzung des Fahrtenschreibers	230
1. Rechtsgrundlage für die Benutzung eines Fahrtenschreibers	230
2. Verpflichtung zur Aufbewahrung	230
3. Ahndung von Verkehrsverstößen aufgrund der Fahrtenschreiberaufzeichnung	230
4. Verfahrensfragen	230
VI. Unfalldatenspeicher (UDS)	231
1. Funktionsweise	231
2. Auswertung von UDS-Aufzeichnungen	231
VII. Verstöße gegen Lenk- und Ruhezeiten	232
1. Rechtsgrundlagen	232
2. Überwachung und Zuständigkeit	232
VIII. Achslast und Gesamtgewicht sowie Wägungen	233
1. Gewichtsgrenzen	233
2. Überprüfung des Gewichtes und Messungen	233
IX. Identitätsfeststellung	234
1. Identifizierung anhand des Fahrerfotos	234
2. Identifizierung bei Kennzeichenanzeigen	235
3. Erkennungsdienstliche Behandlung und Gegenüberstellung	235
4. Humanbiologische Gutachten	236
X. Alkohol- und Drogenfahrten	236
1. Rechtliche Aspekte der Feststellung von Alkohol und Drogen	236
2. Die Feststellung der Alkoholkonzentration	237
3. Die Feststellung von Drogen/Rauschmitteln sowie Medikamenten	245
4. Medikamenteneinnahme	246
§ 13 Klärung von Rechtsfragen	
I. Verteidigervollmacht	248
1. Form	248
2. Umfang der Vollmacht	249
3. Wirkung der Vollmacht	249
II. Zustellung	250
1. Adressat der Zustellung	250
2. Form der Zustellung	251
3. Ersatzzustellung	251
III. Allgemeine Rechtsfragen in Verkehrsstraf- und OWi-Sachen	251
1. Allgemeine Aspekte	251
2. Rechtswidrigkeit bei Verkehrsverstößen	252
3. Schuldfähigkeit	252
4. Vorsatz und Fahrlässigkeit bei Verkehrsverhalten	253
5. Actio-libera-in-causa	253
6. Tateinheit, Tatmehrheit, Dauerstraftat	254
7. Fragen des Beweisrechts	254
8. Strafzumessung, Tagessatzhöhe und Bußgeldbemessung	255
IV. Die Tatbestände des Verkehrsstrafrechtes	257
1. Fahrlässige Tötung (§ 222 StGB)	258
2. Fahrlässige Körperverletzung (§ 229 StGB)	260
3. Trunkenheit im Verkehr (§ 316 StGB)	261
4. Straßenverkehrsgefährdung (§ 315c StGB)	264
5. Gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr (§ 315b StGB)	267
6. Vollrausch (§ 323a StGB)	267
7. Unerlaubtes Entfernen vom Unfallort (§ 142 StGB)	268
8. Nötigung (§ 240 StGB)	274
9. Verbotene Kraftfahrzeugrennen (§ 315d StGB)	275

Inhaltsverzeichnis

10. Fahren ohne Fahrerlaubnis oder trotz Fahrverbotes (§ 21 StGB)	276
11. Die Verantwortung dritter Personen	276
V. Die Verteidigung bei Verkehrsordnungswidrigkeiten	277
1. Grundlagen des Ordnungswidrigkeitenrechts	277
2. Die Ahndung von Verkehrsverstößen	278
3. Verteidigung bei Verstößen gegen § 24a StVG	281
4. Der Bußgeldbescheid	282
5. Verjährung	283
6. Besonderheiten des Verfahrens	286
VI. Verkehrsverstöße im Ausland	288
1. Die Ahndung von Verkehrsverstößen im Ausland	288
2. Rechtshilfe- und Vollstreckungsabkommen	289
§ 14 Verteidigertätigkeit in der Hauptverhandlung	
I. Vorbereitung der Hauptverhandlung	291
1. Klärung des Ziels der Verteidigung	291
2. Klärung von Rechtsfragen und Sachkompetenz	292
3. Abstimmung über Terminierung	292
4. Vorbereitung der Beweisaufnahme	293
5. Ladung von Zeugen und Sachverständigen durch den Verteidiger	294
6. Vor- und außerprozessuale Klärungen mit Verfahrensbeteiligten	297
7. Vorbereitung der Hauptverhandlung mit dem Mandanten	297
8. Die Anwesenheitspflicht des Angeklagten/Betroffenen	298
9. Ankündigung von Beweisanträgen	298
II. Die Hauptverhandlung	299
1. Gesetzliche Regelungen	299
2. Verhandlungsführung und Fragerecht sowie Protokollierung	299
3. Die Beweisaufnahme	300
4. Beweisanspruch	302
5. Rechtliche Hinweise gemäß § 265 StPO	304
6. Hinweis für die Praxis: Terminbericht	304
III. Strafzumessung und Gefahr der Freiheitsstrafe	305
1. Strafzumessung	305
2. Die Gefahr der Freiheitsstrafe	305
IV. Verwarnung mit Strafvorbehalt	306
1. Die gesetzlichen Voraussetzungen	306
2. Prozessuale Fragen und Rechtsmittel	307
3. Rechtsfolgen der Verwarnung mit Strafvorbehalt	307
V. Besonderheiten der Hauptverhandlung im OWi-Verfahren	308
1. Die Anordnung des persönlichen Erscheinens in der Hauptverhandlung	308
2. Die Beweisaufnahme im OWi-Verfahren	309
3. Beachtung der Gefahr des Übergangs in das Strafverfahren	310
4. Das Absehen von der Urteilsbegründung	310
§ 15 Verteidigung und Vertretung bei – drohender – Führerscheinmaßnahme	
I. Allgemeine Aspekte der Verteidigungsstrategie	312
1. Problemstellung	312
2. Wege zur Abwendung des Entzuges der Fahrerlaubnis	313
3. Checkliste zur Verteidigung/Vertretung in Führerscheinmaßnahmen	313
II. Entziehung der Fahrerlaubnis	314
1. Die vorläufige Entziehung	314
2. Entziehung der Fahrerlaubnis	316
3. Ausnahmen vom Entzug der Fahrerlaubnis und der Sperre	320

4. Entzug der Fahrerlaubnis und Verteidigung	322
5. Austausch von Führerscheinmaßnahmen	322
6. Entziehung der Fahrerlaubnis gegen Beifahrer	322
7. Entziehung der Fahrerlaubnis bei Taten allgemeiner Kriminalität	322
III. Das Fahrverbot	323
1. Das Fahrverbot gemäß § 44 StGB	323
2. Das Fahrverbot gemäß § 25 StVG	326
3. Fahrverbot und Bußgeldkatalog-Verordnung (BKatV)	327
4. Die Voraussetzungen für das Absehen vom Fahrverbot	330
5. Übersicht über Rechtsprechung zum Absehen vom Fahrverbot	330
6. Ausnahmen für bestimmte Fahrzeugarten	333
7. Notwendige Feststellungen im Urteil	334
8. Vollstreckung des Fahrverbotes	334
IV. Die Entschädigung für Führerscheinmaßnahmen	335
1. Die Entschädigung	335
2. Ausnahmen von der Entschädigung	335
3. Umfang der Entschädigung	336
4. Entschädigungsverfahren	336
§ 16 Rechtsmittel und Rechtsmittelverfahren	
I. Im Strafverfahren	338
1. Strafbefehlsverfahren	338
2. Berufung	340
3. Revision und Sprungrevision	342
4. Rechtsbehelfe bei Führerscheinmaßnahme	343
II. Im Bußgeldverfahren	346
1. Der Einspruch	346
2. Die Rechtsbeschwerde	347
III. Fristwahrung und Antrag auf Wiedereinsetzung	351
§ 17 Kostenerstattung und Gesuche	
I. Regelung Kostenangelegenheit	352
1. Allgemeines	352
2. Kostenpflicht im Einzelnen	353
II. Ratenzahlung und Zahlungserleichterung	354
1. Antrag auf Gewährung Ratenzahlung/Zahlungserleichterung	354
2. Fragebogen über Vermögensverhältnisse	354
III. Gnadengesuch und Antrag auf Haftverschonung	355
§ 18 Nebenklage und Adhäsionsverfahren	
I. Nebenklage	356
1. Die gesetzliche Regelung	356
2. Gesetzliche Regelung bei Verletzungen infolge Verkehrsunfalls	356
3. Die gerichtliche Entscheidung	357
4. Die Rechtsposition und die Rechte des Nebenklägers	358
5. Prozesskostenhilfe für den Nebenkläger	358
6. Kosten und notwendige Auslagen der Nebenklage	358
II. Adhäsionsverfahren	359
1. Der Antrag	359
2. Der Anspruch auf Entschädigung	359
3. Die Kosten	360

Inhaltsverzeichnis

§ 19 Beteiligung von Rechtsschutz im verkehrsrechtlichen Straf- und OWi-Verfahren

I. Die verschiedenen Rechtsschutzbedingungen ARB (75)/ARB (94)/ARB (2000)/(2008)(2010)(2012)(2021) sowie die Abwicklung des Rechtsschutzmandates	362
1. Verkehrsrecht und Rechtsschutz	362
2. Vorschlag für effiziente Korrespondenz mit der Rechtsschutzversicherung	366
II. Versicherungsschutz und Leistungsansprüche auf Rechtsschutz in Straf- und OWi-Verfahren	369
1. Der Verkehrs- und Fahrerrechtsschutz	369
2. Die Eintrittspflicht der Rechtsschutzversicherung bei verkehrsrechtlichen Straftaten	369
3. Der Versicherungsschutz bei verkehrsrechtlichen Ordnungswidrigkeiten	371
4. Umfang der Rechtsschutzgewährung	372
5. Ersatz der Verteidigervergütung	373
6. Kosten für gerichtliche Sachverständigengutachten	374
7. Kosten für außergerichtliche Sachverständigengutachten	375
8. Leistungsumfang bei Beratungen gem. § 34 RVG	378
9. Rechtsschutz bei Auslandsunfällen	378
III. Beachtung von Ausschlussklauseln	379
1. Rechtsschutz bei Vorsatztat	379
2. Kein Ausschluss bei Verkehrsordnungswidrigkeiten (ARB 94) (ARB 2000) (ARB 2010)	380
3. Ausschluss bei Halterhaftung	380
4. Sonstige Einschränkungen	381
IV. Obliegenheiten in der Rechtsschutzversicherung im Verkehrsrecht	381
1. Die Regelungen zu den Obliegenheiten	381
2. Vorsätzliche Verkehrsstraftat	382
V. Beteiligung von Rechtsschutz bei Vertretung von Verletzten	382
1. Im Nebenklageverfahren	382
2. Im Adhäsionsverfahren	382
3. Im Verfahren nach Opferschutzgesetz	382
4. Übersicht	382
VI. Ablehnung des Rechtsschutzes durch den Versicherer	383
1. Mutwilligkeit im Straf- und OWi-Verfahren	383
2. Verfahren bei Verneinung der Leistungspflicht	384
VII. Exkurs: Rückwirkender Rechtsschutz im Bußgeldverfahren	385
1. Allgemeines	385
2. Geltungsdauer und Selbstbeteiligung.	386

§ 20 Die Anwaltsvergütung im verkehrsrechtlichen Straf- und OWi-Verfahren

I. Die Gebührentatbestände – System und Übersicht	388
1. Die Verteidigervergütung	388
2. Das System der Regelung der Verteidigervergütung	388
II. Die gesetzlichen Gebühren des Wahlverteidigers im Verkehrsstrafverfahren	391
1. Gebühren bei Verteidigung im Ermittlungsverfahren	391
2. Gebühren bei Verteidigung im gerichtlichen Verfahren	393
3. Zusätzliche Gebühren und Auslagen im vorbereitenden und gerichtlichen Verfahren sowie Einzeltätigkeiten	393
III. Die Gebühren im verkehrsrechtlichen Bußgeldverfahren	398
1. Allgemeines	398
2. Die Verteidigervergütung im Verfahren vor der Verwaltungsbehörde ..	399

3. Die Verteidigervergütung im gerichtlichen Verfahren im ersten Rechtszug	400
4. Zusätzliche Gebühren und Auslagen im Verfahren vor der Verwaltungsbehörde und dem Amtsgericht sowie Einzeltätigkeiten	401
IV. Besonderheiten beim Übergang vom staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren in das Bußgeldverfahren	402
V. Die Gebührenhöhe und deren Bestimmung	403
1. Die Gebührenhöhe, differenziert nach Art des Gerichtes	403
2. Die Bestimmung der Gebühren nach den Kriterien gemäß § 14 RVG ..	403
VI. Die Vergütungsvereinbarung	405
1. Aspekte der Vergütungsvereinbarung	405
2. Vergütungsvereinbarung und Rechtsschutz	408
VII. Beachtung besonderer Gebührentatbestände	408
1. Prüfung eines Rechtsmittels	408
2. Gebühren für Gnadenantrag und Antrag auf Zahlungserleichterung ..	409
3. Gebühr bei Vertretung anderweitig beteiligter Personen	409
4. Feststellung einer Pauschalgebühr	409
5. Beratung und Gutachten gemäß § 34 RVG	409
VIII. Beratungs- und Prozesskostenhilfe in Verkehrsstraf- und OWi-Sachen	410

Anhang Teil C

I. Mandanteninformation Verkehrsstraf- und Ordnungswidrigkeitenrecht ..	413
II. Musterschriftsätze zur Mandatsabwicklung	417
1. Erledigung Verfahren ohne Hauptverhandlung (HV)	417
2. Korrespondenz bei Erledigung mit Hauptverhandlung	423
3. Sonstige Mandantenkorrespondenz	430

Teil D. Haftungs- und Schadensrecht

§ 21 Mandatsannahme und -organisation im Haftungs- und Schadensrecht

I. Das Mandat im Straßenverkehrszivilrecht	441
1. Unfallaufnahme sowie Mandanten- und Stammdatenerfassung	441
2. Die Gefahr der Interessenkollision	441
3. Klärung des Mandatsumfanges	442
4. Die Gebührenfrage und die mögliche Beteiligung von Rechtsschutz ..	443

§ 22 Die außergerichtliche Geltendmachung von Haftpflichtansprüchen gegen Schädiger und Haftpflichtversicherung – Schadenmanagement

I. Klärung des Mandatsverhältnisses und vorläufige Maßnahmen	446
1. Der/die Auftraggeber und der Umfang des Mandates	446
2. Prüfung und Klärung möglicher Interessenkollisionen	448
3. Entgegennahme der Vollmacht	452
4. Die Bestellung des Betreuers, evtl. im Wege einstweiliger Anordnung ..	454
5. Hinweis- und Beratungspflichten	454
II. Feststellung des Schädigers, seiner Versicherung und sonstiger Beteiligter; speziell beim Massenunfall	455
1. Feststellung des Schädigers und seiner Versicherung	455
2. Besonderheit beim Massen- und Serienunfall	455
3. Beteiligung der Verkehrsofferhilfe eV (VOH), Berlin	457
4. Ansprüche gegen Deutsches Büro Grüne Karte eV	458
5. Schadenbearbeitung durch die Gemeinschaft der Grenzversicherer	459

Inhaltsverzeichnis

6. Feststellung des Schadenregulierungsbeauftragten bei Unfallabwicklung gemäß der kodifizierten KH-Richtlinie (RL 2009/103/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16.9.2009 über die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung und die Kontrolle der entsprechenden Versicherungspflicht)	460
III. Möglichkeiten der Beweissicherung	460
1. Vor- und außerprozessuale Beweissicherung	460
2. Gerichtliches Beweisverfahren	461
3. Beweismöglichkeiten durch Unfalldatenspeicher – UDS/EDR	463
4. Beweismöglichkeiten durch Dash-Cams	464
IV. Geltendmachung von Ansprüchen gegen Halter, Fahrer, Versicherung und sonstige Beteiligte	465
1. Ansprüche gegen Halter, Fahrer und Haftpflichtversicherung	465
2. Unfall mit Bundeswehrfahrzeugen, Bundespolizei- und Militärfahrzeugen der NATO	466
3. Ansprüche gegen Verein „Verkehrsofferhilfe e. V.“ (VOH), Berlin	469
V. Musterschriftsätze zur Abwicklung von Haftpflichtansprüchen gegen Halter, Fahrer, Versicherung und sonstige Beteiligte	471
1. Musterschriftsätze für erstes Anspruchsschreiben	472
2. Musterschriftsätze für vorläufige, ergänzende und endgültige Bezifferung	477
3. Typische Korrespondenz mit Dritten	479
4. Korrespondenz mit Mandantschaft	483
5. Korrespondenz Meldung Rechtsschutz sowie Kosten- und Gebührenkorrespondenz	484
VI. Geltendmachung von Ansprüchen bei Unfall mit Auslandsberührung	485
1. Unfall im Inland mit Ausländern	485
2. Der Unfall im Ausland mit Ausländern	486
3. Unfall zwischen Inländern im Ausland	486
VII. Schadenmanagement beim Kraftfahrzeughaftpflichtschaden	487
1. Der Begriff des Schadenmanagements	487
2. Die Position der Versicherung	488
3. Die Interessenlage des Geschädigten	489
4. Schadenmanagement – eine Herausforderung für die Anwaltschaft	491
5. Überlegungen für neue Lösungswege	493
§ 23 Haftungsrecht und Beweisfragen	
I. Die Haftung im Straßenverkehrsrecht	498
1. Die Haftungsgrundlagen – die gesetzliche Regelung zur Gefährdungshaftung	498
2. Überblick über die in Betracht kommenden Haftungstatbestände	499
II. Der Anspruch aus Gefährdungshaftung	500
1. Die Haftung des Halters	501
2. Der Halterbegriff	505
3. Ausschluss der Haftung bei Arbeits- und Dienstunfällen	506
4. Abgrenzung zwischen Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung und Allgemeiner Haftpflichtversicherung	506
5. Haftungsausschluss bei höherer Gewalt gemäß § 7 Abs. 2 StVG	514
6. Ausschluss und Minderung der Verantwortlichkeit gemäß § 827 BGB	514
7. Ausschluss/Einschränkung der Haftung für Kinder bis 7 bzw. 10 Jahre	515
8. Haftung bei Schwarzfahrt	515
9. Die Haftung des Fahrers gemäß § 18 StVG	516

III. Haftungsstatbestände bei Verschuldenshaftung	517
1. Haftung nach § 823 Abs. 1 BGB	517
2. Haftung nach § 823 Abs. 2 BGB	518
3. Haftung des Halters für den Verrichtungsgehilfen gemäß § 831 BGB .	519
4. Haftung des Aufsichtspflichtigen gemäß § 832 BGB	519
5. Haftung des Tierhalters gemäß § 833 BGB	520
6. Ausschluss und Einschränkung der Haftung von Kindern gemäß § 828 BGB	520
7. Billigkeitshaftung gemäß § 829 BGB	521
8. Haftung bei Amtspflichtverletzung gemäß § 839 BGB	521
9. Der Anspruch bei Selbstaufopferung im Straßenverkehr	522
10. Haftung aus Verletzung der Streu- bzw. Verkehrssicherungspflicht	523
IV. Die Haftung bei entgeltlicher und unentgeltlicher Beförderung von Insassen, speziell die Haftung unter Ehegatten und für Kinder	526
1. Die Haftung für Insassen gemäß § 8a StVG	526
2. Speziell: die Ansprüche unter Ehegatten und für Kinder	527
V. Die Haftung beim Fußgänger- und Radfahrerunfall, speziell Kinderunfall	528
1. Fußgängerunfall	528
2. Radfahrerunfall	529
3. Teilnahme am Straßenverkehr mit besonderen Fortbewegungsmitteln .	530
4. Der Unfall mit Beteiligung von Kindern	531
VI. Fragen der Eisenbahnhaftung und der Haftung des Omnibusunternehmers und -fahrers	533
1. Eisenbahnhaftung	533
2. Die Schadenshaftung des Omnibusunternehmers und -fahrers	534
VII. Mitverschulden im Straßenverkehrsrecht	534
1. Mögliches Mitverschulden von Fahrzeuginsassen, speziell unter nahen Angehörigen	535
2. Soziusfahrer	536
3. Radfahrer	537
4. Fußgänger	538
5. Verkehrssicherungspflicht	538
6. Mitverschulden bei Kinderunfall	539
7. Mitverschulden des Geschädigten	540
VIII. Haftungsverteilung	542
1. Die Regelung des § 17 StVG	542
2. Grundsätzliches zur internen Ausgleichspflicht mehrerer gesetzlicher Haftpflichtiger	543
3. Die einzelnen Abwägungskriterien	544
4. Die mitursächliche Betriebsgefahr	544
5. Rechtsprechung zur Abwägung zu häufigen Fallgestaltungen	545
IX. Haftungsverzicht	548
1. Allgemeines	548
2. Haftungsverzicht bei Gefälligkeitsfahrt	549
3. Vertraglicher Ausschluss	550
4. Fahrgemeinschaften	550
5. Fragen des Mitverschuldens	550
X. Probleme bei Erreichen der Versicherungs-/Deckungssumme	551
1. Versicherungssumme als Höchstgrenze der Leistungspflicht	551
2. Das Verteilungsverfahren bei Überschreiten der Höchstsumme	553
3. Versicherungssumme bei Unfällen im Ausland	554
XI. Der „gestellte“ und „provozierte“ Unfall	554
1. Unfallmanipulation	554
2. Der „gestellte“ und der „provozierte“ Verkehrsunfall	555

Inhaltsverzeichnis

3. Beweisfragen	555
4. Der „provozierte“ Unfall	560
5. Ausgleichspflicht unter deliktischen Gesamtschuldnern	561
XII. Beweislastfragen	561
1. Bei Gefährdungshaftung	561
2. Beweislast bei Schwarzfahrt	561
3. Beweislast bei Verschuldenshaftung	561
4. Beweislast bei Schuldanerkenntnis	561
5. Anscheinsbeweis	562
XIII. Regulierungsverzug	563
1. Allgemeines	563
2. Voraussetzungen des Verzuges	564
3. Folgen des Verzuges	564
XIV. Das anzuwendende Recht bei Unfall im Ausland	565
1. Das Recht des Tatortes	565
2. Das anzuwendende Recht nach der Regelung der Artikel 40–42 EGBGB	565
3. Möglichkeiten zur Geltendmachung eines Anspruchs	566
4. Besonderheiten für extritoriale und bevorrechtigte Personen	567
XV. Feststellungen zu haftungsrelevanten Tatsachen-/Unfallursachenfeststel- lung – technikbezogenen und personenbezogenen Unfallursachen	567

§ 24 Der Sachschaden – Grundlagen und einzelne Schadenpositionen

I. Der Anspruch auf Ersatz des Sachschadens	569
1. Der Begriff des Schadenersatzes	570
2. Der Anspruch auf Schadenersatz	570
3. Ersatz von Vermögensschäden	571
4. Fragen der Kausalität	572
II. Die Sachschadenpositionen im Einzelnen	572
1. Übersicht Sachschadenpositionen	572
2. Der Fahrzeugschaden	573
3. Wertminderung	589
4. Kosten für Bergung, Abschleppen und Überführen	591
5. Kosten der Schadenermittlung – Sachverständigengutachten	592
6. Mietwagenkosten	595
7. Nutzungsausfallentschädigung und Vorhaltekosten	601
8. Diverse Sachschadenpositionen	604
9. Anspruch auf Erstattung der Anwaltsgebühren	606
10. Sonstige Schadenpositionen zum Fahrzeugschaden	607
III. Der Anspruch auf Erstattung von Finanzierungskosten und Zinsen	610
IV. Der Anspruch auf Erstattung der Mehrwertsteuer	610
1. Grundsätzliches	610
2. Einzelfragen	610
3. Totalschadenersatz	611
V. Schadenabrechnung bei Leasingfahrzeugen	612
1. Allgemeines	612
2. Besonderheiten beim Schadenfall mit Leasingfahrzeug hinsichtlich der Art des Schadens sowie hinsichtlich der einzelnen Schadenpositionen	612
3. Die Ansprüche des Leasinggebers	614
4. Ansprüche des Leasingnehmers	616
5. Versicherungsrechtliche Ansprüche	616
6. Die Geltendmachung der Ansprüche	616
7. Besonderheiten beim Unfall mit dem Leasingfahrzeug	617

VI. Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen nach Quotenvorrecht	618
1. Grundgedanke des Quotenvorrechtes	618
2. Die Abrechnung nach dem Quotenvorrecht in der Praxis	618
3. Berechnungsbeispiele	619
§ 25 Die Regulierung von Personenschäden – Haftungs- und Beweisfragen	
I. Die Geltendmachung/Anmeldung der Ansprüche	622
1. Die Ansprüche gegen den Schädiger und dessen Versicherung/Direktanspruch	622
2. Geltendmachung von Ansprüchen aus Unfallversicherung und sonstigen Versicherungen	624
II. Die Kausalität von Verletzungen und die Zurechenbarkeit von Verletzungsfolgen in Rechtsprechung und Literatur	625
1. Fragen der Beweislast	625
2. Praktische Hinweise zur Darstellung/Regulierung von (schweren) Unfallverletzungen, speziell HWS-Verletzungen, im Straßenverkehr	626
3. Der Ursachenzusammenhang zwischen der Schwere des Unfalls/des Aufpralls und den Verletzungen	628
4. Medizinische Lösungswege, speziell neurootologische Untersuchung ..	630
5. Beweisfragen bei Vorschaden oder nachträglichen Ursachen	630
6. Psychische Erkrankungen nach Unfallereignissen – „posttraumatische Belastungsstörung“	631
7. Schockschaden als Gesundheitsschaden	632
8. Notwendige Substantiierung zu Verletzungen und Untersuchungsmethoden	633
III. Die notwendigen gutachtlichen Feststellungen	633
1. Die Problemstellung	633
2. Die Auswahl des Sachverständigen	633
3. Die Begutachtung der Pflege- und Betreuungskosten	635
§ 26 Die Ansprüche bei Schwerstverletzungen – Personengroßschäden	
I. Die besondere Problemstellung	640
1. Die gebotene besondere Betrachtung	640
2. Statistisches	641
3. Die Situation für Betroffene mit schweren bleibenden Folgen	641
4. Die geforderte Kompetenz	642
5. Mitwirkungspflichten des Geschädigten – Belehrungspflichten des Anwaltes	642
6. Mögliche und gebotene anwaltliche berufliche Zusammenarbeit	642
II. Das richtige Vorgehen, die Geltendmachung der in Betracht kommenden Ansprüche	643
1. Übersicht/Checkliste zur Regulierung der Ansprüche für Verletzte/Schwerverletzte (Personengroßschäden)	643
2. Die Geltendmachung/Anmeldung der Ansprüche	644
3. Geltendmachung von Ansprüchen aus Unfallversicherung und sonstigen Versicherungen	645
III. Klärung der in Betracht kommenden Ansprüche und Beweisfragen	646
1. Der Personenschaden	646
2. Beweisfragen	646
3. Übersicht der Schadenpositionen	647
IV. Heilbehandlungskosten	649
1. Grundsätzliches	649
2. Heilbehandlung im Ausland	651

Inhaltsverzeichnis

3. Kosten für kosmetische Operationen/Nebenkosten	651
4. Nebenkosten bei stationärer Behandlung	652
5. Schadensminderungspflicht und Vorteilsausgleich	653
6. Forderungsübergang	653
V. Vermehrte Bedürfnisse	653
1. Grundsätzliches	653
2. Übersicht: vermehrte Bedürfnisse	654
3. Pflegekosten	654
4. Betreuungskosten	659
5. Anspruch auf behindertengerechtes Wohnen und verletzungsbedingte Umzugskosten	659
6. Ansprüche bei Umschulung und Rehabilitation	660
7. Umbaukosten für Fahrzeug oder Anschaffung eines behindertenger- echten Fahrzeuges	661
8. Sonstige Ansprüche	662
9. Hilfsmittel	662
VI. Erwerbsschaden	662
1. Grundsätzliches	662
2. Der Erwerbsschaden des unselbstständig Tätigen	665
3. Sonstige ausgleichende Nachteile	667
4. Die Rechtsposition des verletzten Beamten	669
5. Der Erwerbsschaden bei Kindern und Jugendlichen sowie sonstigen Personengruppen	670
6. Die Folgelast für Arbeitgeber/Dienstherren	672
7. Erwerbsschaden des Selbstständigen	673
8. Steuern	675
9. Schadensminderungspflicht und Vorteilsausgleich	675
10. Wertung überobligatorischer Tätigkeit	677
VII. Haushaltsführungsschaden	677
1. Grundsätzliches und Anspruchsgrundlagen	677
2. Fallgestaltungen und Kriterien bei der Berechnung des Haushaltsfüh- rungsschadens	678
3. Arbeitsinhalte und Zeitaufwand, statistische Arbeitszeit einer Frau bei unterschiedlichen Haushaltssituationen	679
4. Die unterschiedlichen Anspruchsgrundlagen und Darlegungslast	681
5. Der Anspruch bei Tötung einer haushaltsführenden Person	683
6. Bei Verletzung der den Haushalt führenden Person	687
7. Der Anspruch auf Rente	689
8. Möglicher Rechtsübergang auf SVT	691
9. Prozessuale Fragen	691
10. Fragebogen/Muster zur Ermittlung der Tätigkeit und der zeitlichen Beeinträchtigung	692
11. Berechnungsbeispiel	692
12. Der Haushaltsführungsschaden bei der eingetragenen Lebenspart- nerschaft und der nichtehelichen Lebensgemeinschaft	693
VIII. Der Schmerzensgeldanspruch	694
1. Der Schmerzensgeldanspruch, rechtliche Grundlagen	694
2. Checkliste zu den Kriterien der Schmerzensgeldbemessung	694
3. Kriterien zur Bemessung der Höhe des Schmerzensgeldes	695
4. Besondere Fallgestaltungen zum Schmerzensgeld	699
5. Mögliches Teilschmerzensgeld?	702
6. Die Bestimmung der Höhe des Schmerzensgeldes	702
7. Mitverschulden und Vorteilsausgleich	705
8. Schmerzensgeld als Kapital oder Rente	705

9. Schmerzensgeld und erbrechtliche sowie familienrechtliche Aspekte ...	707
10. Der Schmerzensgeldanspruch im Prozess	708
11. Speziell: der Zinsanspruch bei verzögerter Regulierung	710
12. Besteuerung des Schmerzensgeldes	710
13. Verjährung	711
IX. Entschädigungs- und Leistungsansprüche gegenüber sozialen Leistungsträgern und privaten Versicherungen	712
1. Die Beteiligung von sozialen Leistungsträgern	712
2. Beratungspflicht	713
3. Beachtung der Leistungsansprüche gegenüber sozialen Leistungsträgern	713
4. Voraussetzungen des Rechtsübergangs/Regress des Sozialversicherungsträgers	714
5. Ausschluss des Forderungsübergangs aufgrund des sog. „Familienprivilegs“	715
6. Der Regress des Rentenversicherungsträgers wegen Beitragszahlung ...	716
7. Verjährung von Regressansprüchen	717
X. Verhandlung, Kapitalisierung und Abfindungsvergleich	717
1. Die anzustrebende außergerichtliche Erledigung	717
2. Auch die Möglichkeit von Teilregulierungen beachten	718
3. Der Abfindungsvergleich, ein Spezialthema	718
4. Kapitalisierung	718
XI. Personenschadenmanagement – Case-Management – und Rehabilitation von im Straßenverkehr Schwerverletzten	718
1. Der Begriff Case-/Personenschadenmanagement sowie Reha-Management	718
2. Bereiche und Arten des Reha-Managements	719
3. Vereinbartes Reha-Management und Rehabilitationsverfahren gemäß SGB XI – Die Regelung in SGB IX und die Schnittstelle zwischen vereinbarten Reha-Maßnahmen und Maßnahmen nach SGB XI	721
4. Abwicklung/Regeln des Personenschaden-/Case- und Reha-Managements	721
5. Die rechtlichen Beziehungen zwischen den Beteiligten	723
6. Code of Conduct des Reha-Managements sowie Muster einer Rehabilitationsvereinbarung	726
7. Fazit	730
XII. Besonderheiten in Betreuungsfällen	730
1. Vertretung Minderjähriger, Vormundschaft/Pflegschaft	731
2. Betreuung Erwachsener	731
§ 27 Die Ansprüche mittelbar Geschädigter und Dritter	
I. Rechtsgrundlagen und Übersicht Schadenpositionen	732
1. Die in Betracht kommenden Anspruchsgrundlagen	732
2. Checkliste: Ansprüche der mittelbar Geschädigten	733
II. Anspruch der Erben wegen Beerdigungskosten	734
1. Der Anspruch auf Ersatz der Beerdigungskosten	734
2. Die zu ersetzenden Kosten	734
III. Anspruch wegen entgangener Unterhaltsleistungen	735
1. Der Unterhaltsschaden gemäß § 844 Abs. 2 BGB	735
2. Die Anspruchsberechtigten – Fallgestaltungen	736
3. Die Berechnung des Schadenersatzes wegen entgangenen Unterhaltes	738
4. Naturalunterhalt	745
5. Laufzeit/Kapitalisierung	747

Inhaltsverzeichnis

IV. Anspruch wegen entgangener Dienste	748
1. Dienstleistungspflicht kraft Gesetzes	748
2. Die Höhe des Schadens für entgangene Dienste	749
3. Feststellung der Ansprüche	749
V. Hinterbliebenengeld	750
1. Einleitung	750
2. Anspruchsinhalt	751
3. Anspruchsberechtigte	751
4. Anspruchshöhe	752
5. Prozessuales	754
§ 28 Schadensminderungspflicht und Vorteilsausgleich	
I. Schadensminderungspflicht	755
1. Grundlagen	756
2. Schadensminderungspflicht und Sachschaden	757
3. Schadensminderungspflicht bei Personenschaden	759
4. Ersatz für Aufwendungen	763
II. Vorteilsausgleich	763
1. Grundlagen	763
2. Beim Sachschaden	765
3. Vorteilsausgleich bei Ansprüchen aus Körperverletzung	766
4. Anzurechnende Leistungen	767
5. Einzelfälle zu nicht anzurechnenden Leistungen	767
§ 29 Der Arbeits- und Wegeunfall	
I. Die Rechtslage	768
1. Grundgedanke der Unfallversicherung	768
2. Die Rechtslage	769
II. Der Arbeitsunfall – Systematik	770
1. Begriffe Arbeitsunfall/Wegeunfall/Betriebswegeunfall/Gemeinsame Betriebsstätte	770
2. Auf der Betriebsstätte	771
3. Auf der gemeinsamen Betriebsstätte	771
4. Arbeitsunfall als Wegeunfall	772
5. Arbeitsunfall als Betriebswegeunfall	772
III. Arbeitsunfälle ohne Haftungsbeschränkung – Wegeunfälle	772
1. Wegeunfälle im Allgemeinen	772
2. Wegeunfälle mit Arbeitskollegen/Unternehmern	775
3. Rechtsfolgen	775
IV. Arbeitsunfälle mit Haftungsbeschränkungen – Betriebswegeunfälle	776
1. Grundsätzliches	776
2. Die ausgeschlossenen Ansprüche	776
3. Typische Fallbeispiele	777
4. Sonderfälle	777
V. Beschränkung der Haftung und gemeinsame Betriebsstätte	780
1. Die gesetzliche Regelung	780
2. Fallgestaltungen zur gemeinsamen Betriebsstätte und Haftungsprivilegierung	781
VI. Die Leistungsansprüche bei einem versicherten Unfall	782
VII. Verfahrensfragen bei Arbeitsunfall	782

§ 30 Der Regress des Sozialversicherungsträgers und sonstiger Leistungsträger	
I. Die Rechtslage	785
1. Allgemeines	785
2. Die geänderte Rechtslage	785
3. Die Sozialleistungsträger	785
II. Forderungsübergang	786
1. Die Voraussetzungen des Forderungsübergangs	786
2. Ausnahmen vom Forderungsübergang	791
3. Das Angehörigenprivileg	792
4. Berechnung des Kapitalwertes	794
III. Regress der Pflegekasse	794
1. Gesetzliche Grundlage	794
2. Die Versicherungspflicht	794
3. Übersicht: Leistungen der Pflegekasse	795
4. Feststellung der Pflegestufen	796
5. Regress der Pflegekasse	797
IV. Regress der Bundesagentur für Arbeit	797
1. Die in Betracht kommenden Leistungen	797
2. Der Forderungsübergang	798
3. Übergang von Unterhaltsansprüchen beim Bezug von Bürgergeld und Sozialgeld nach dem SGB II	798
V. Regress des Dienstherrn	799
1. Rechtsgrundlagen	799
2. Die übergangsfähigen Ansprüche	799
3. Quotenvorrecht des Beamten	799
VI. Der Beitragsregress gemäß § 119 SGB X	799
1. Gesetzliche Grundlage	799
2. Einzelfragen	799
VII. Der Forderungsübergang bei Entgeltfortzahlung durch den Arbeitgeber gemäß § 6 EFZG	800
1. Gesetzliche Grundlage	800
2. Der Forderungsübergang	800
3. Kosten der Rechtsverfolgung	800
VIII. Prozessuales – Fragen der Beweislast	801
§ 31 Der Unfall mit Auslandsberührung	
I. Vorbemerkungen und Problemstellung:	803
II. Versicherungsschutz bei Unfall mit Ausländern im Inland	803
1. Die Versicherungsdeckung	803
2. Das Recht des Unfallortes	807
III. Geltendmachung und Abwicklung von Ersatzansprüchen bei Unfall im Inland mit Auslandsbezug	808
1. Die außergerichtliche Geltendmachung	808
2. Das gerichtliche Verfahren	810
IV. Unfall im Ausland	811
1. Beide Beteiligte mit gewöhnlichem Aufenthalt im Inland	811
2. Die wichtigsten Punkte zur Unfallschadenregulierung gemäß 6. KH-Richtlinie	812
3. Die Abwicklung im Einzelnen	812
4. Fragen des Gerichtsstandes	816
5. Die Rechtsverfolgungskosten	817
V. Übersicht über Entschädigungsleistungen bei Kraftfahrzeugunfällen	819

Inhaltsverzeichnis

VI. Ausländische Kfz-Mindestversicherungssummen	819
1. Geltung der Mindestversicherung	819
2. Möglichkeit der Absicherung	819
3. Versicherungsschutz für Personenschäden	820
§ 32 Die Beteiligung von Rechtsschutz und Prozessfinanzierung im Haftungs- und Schadensrecht	
I. Vorbemerkung	822
II. System der Rechtsschutzversicherung	822
III. Vereinbarter Inhalt des Versicherungsvertrages	823
1. Versicherungsschein	823
2. Versicherungsform	823
3. Versichertes Ereignis/Rechtsschutzfall	825
4. Leistungsumfang	826
5. Versicherter Personenkreis	827
IV. Erlangung des Versicherungsschutzes	827
1. Einholung einer Deckungszusage	827
2. Deckungszusage	828
3. Stufenverhältnis	828
4. Deckungsablehnung	828
5. Gutachterverfahren/Stichentscheidungsverfahren	831
6. Deckungsklage	834
V. Schadenabwicklungsunternehmen	834
VI. Mandatsverhältnis und Rechtsschutzversicherung	835
1. Prüfungspflicht des Rechtsanwalts	835
2. Beratung über den Inhalt des Rechtsschutzversicherungsvertrages	836
3. Pflicht zur vorherigen Deckungsanfrage	836
4. Aufklärungs- und Beratungspflichten bis zur Erteilung/Ablehnung der Deckungszusage	836
5. Beratung bei Deckungsablehnung	836
VII. Der Regress des Rechtsschutzversicherers gegen den Rechtsanwalt	836
1. Anspruchsübergang nach § 86 VVG	837
2. Rechtsgrundsätze	837
VIII. Die mögliche Beteiligung der Prozessfinanzierung	838
1. Was ist Prozessfinanzierung?	838
2. Prozessfinanzierung in der anwaltlichen Praxis	839
3. Prozessfinanzierungsauftrag	840
4. Kosten und Gebühren in einer Prozessfinanzierungsangelegenheit	840
5. Prozessfinanzierung durch Rechtsanwalt	841
6. Der Nutzen der Prozessfinanzierung	841
7. Schadenersatzpflicht des Rechtsschutzversicherers	842
§ 33 Die Anwaltsvergütung bei der Unfallschadenabwicklung	
I. Der Vergütungsanspruch	844
1. Das Mandat als Grundlage	844
2. Umfang des Mandates	845
3. Vertretung mehrerer Unfallgeschädigter	845
II. Die außergerichtlichen Gebühren	847
1. Beratungsgebühr und Erstgespräch gem. § 34 RVG	847
2. Die Geschäftsgebühr der Nr. 2300 VV-RVG	848
3. Die Höhe der Geschäftsgebühr der Nr. 2300 VV-RVG	848
4. Einigungsgebühr der Nr. 1000 VV-RVG	852
5. Hebegebühr der Nr. 1009 VV-RVG	853

6. Auslagen des 7. Teils des VV-RVG	853
7. Abwicklung der Gebühren durch die Versicherer in Kfz-Haftpflichtschäden	854
8. Kein Verzicht auf weitere Ansprüche bei Abrechnung nach Abrechnungsgrundsätzen	854
III. Gegenstandswert und Vergütungsvereinbarung	855
1. Der Gegenstandswert	855
2. Vergütungsvereinbarung	856
IV. Der Anspruch auf Erstattung der Gebühren	857
1. Grundsätzliches	857
2. Einzelfragen	857
3. Gebührenberechnung bei Teilregulierung	859
4. Anwaltsgebühren bei Regelung unter Inanspruchnahme der Kaskoversicherung	859
5. Vergütung für die Einholung einer vormundschaftsgerichtlichen Genehmigung	860
6. Rechtsanwaltskosten bei Schaden mit Leasingfahrzeugen	860
7. Anwaltsgebühren in eigener Sache	860
V. Gebühren im gerichtlichen Verfahren	861
1. Die Verfahrensgebühr der Nr. 3100 VV-RVG	861
2. Die Terminsgebühr der Nr. 3104 VV-RVG	862
3. Die Einigungsgebühr der Nr. 1003 VV-RVG	865
VI. Erstattung der Gebührendifferenz bei Teilregulierung	865
VII. Erstattung der Gebühren für die Einholung der Deckungszusage der Rechtsschutzversicherung?	865
VIII. Musterschriftsätze zur Kosten- und Gebührenkorrespondenz und Abrechnungsmuster	866
1. Geschäftsgebühr, Nr. 2300 VV-RVG	866
2. Geschäfts- und Einigungsgebühr, Nr. 2300 und Nr. 1000 VV-RVG	867
3. Gebührenanspruch auf Gebührendifferenz gegen Mandant bzw. Rechtsschutzversicherung bei Teilregulierung	867
4. Abrechnungsmuster für anwaltliche Tätigkeit nach Erteilung des Prozessauftrages und Vermeidung des Verfahrens durch Besprechung mit der Gegenseite vor Klageerhebung	868
5. Abrechnungsmuster hinsichtlich Anrechnung der Geschäftsgebühr auf die Verfahrensgebühr bei gleich hohem Streitwert	868
6. Abrechnungsmuster hinsichtlich Anrechnung der Geschäftsgebühr auf die Verfahrensgebühr bei unterschiedlichem Streitwert	869
7. Abrechnungsmuster hinsichtlich Anrechnung der über der Schwelle liegenden Geschäftsgebühr auf die Verfahrensgebühr bei gleich hohem Streitwert	869
8. Abrechnungsmuster hinsichtlich Anrechnung der über der Schwelle liegenden Geschäftsgebühr auf die Verfahrensgebühr bei unterschiedlichem Streitwert	870
9. Einbeziehen nicht rechtshängiger Ansprüche in Vergleichsverhandlungen in einem laufenden Rechtsstreit	870

Anhang Teil D

1. Mandanteninformation in Unfallsachen	873
2. Merkblatt zum Unfall mit Auslandsberührung	878
3. Schadensmeldung an das Deutsche Büro Grüne Karte e. V.	884
4. Übersicht für Rechtsanwälte und Anspruchsteller zur Beteiligung von Prozessfinanzierung	886
5. Praxistipps: Schadenersatz in Deutschland	888

Inhaltsverzeichnis

Teil E. Verfahrensrecht, Steuerrecht und Haftungsrecht

§ 34 Fristen, Verzug, Verjährung

I. Regulierungsfristen und Verzug	893
1. Regulierungsfristen	893
2. Verzug	895
3. Frist für Klageerhebung	896
II. Die Verjährung	896
1. Verjährung von Schadenersatzansprüchen	896
2. Beginn und Hemmung der Verjährung	896
3. Verjährung und Unfallspätschäden	899
4. Tabellarische Übersicht über Verjährungsfristen im Haftungsrecht	900

§ 35 Steuerliche Aspekte der Unfallschadenregulierung

I. Allgemeines	902
1. Schadenersatz und Steuern	902
2. Klärung der evtl. Steuerlast	903
II. Sachschaden und Steuern	903
1. Sachschaden	903
2. Besonderheiten bei Auslandsberührung	903
III. Personenschaden und Steuern	904
1. Entschädigung infolge Personenschadens	904
2. Nicht zu versteuernde Entschädigungsleistungen	905
3. Steuervorteile	906
4. Steuerersparnisse und Lohn	906
5. Gemeinsame Steuerveranlagung	907
6. Vorbehalt des Ersatzes für Steuern	907
IV. Steuerliche Absetzbarkeit von Unfallkosten	907
1. Steuerliche Grundsätze	907
2. Voraussetzungen der steuerlichen Absetzbarkeit	907
3. Die abzugsfähigen Posten	908

§ 36 Verhandlung, Kapitalisierung und Abfindungsvergleich

I. Anwaltliche Verhandlung	910
1. Die außergerichtliche Erledigung	910
2. Sachgerechtes Vorgehen	910
II. Der Abfindungsvergleich	911
1. Rechtliche Aspekte	911
2. Vollmacht und Vertretung	912
3. Außergerichtlicher/gerichtlicher Vergleich	914
4. Grenzen der Regelung	914
5. Form	915
6. Notwendige Belehrung des Anspruchstellers	915
7. Notwendige ausführliche Formulierung	916
8. Störung der Geschäftsgrundlage iSv § 313 BGB	916
9. Checkliste: Voraussetzungen und Inhalt eines Abfindungsvergleiches ..	917
III. Kapitalisierung	918
1. Rente und/oder Kapital	918
2. Das Recht auf Kapitalisierung	918
3. Vorteile und Risiken der Kapitalisierung	919
4. Die Berechnung der Kapitalabfindung	919
5. Steuerliche Aspekte	920

IV. Vorbehalte	921
1. Allgemeines	921
2. Vorbehalt zu einzelnen Positionen	921
3. Vorbehalt des Verzichtes auf Einrede der Verjährung	922
4. Lösungsmöglichkeit von einem Abfindungsvergleich nur in engen Grenzen	923
5. Anwaltspflichten beim Abfindungsvergleich	923
6. (Un-)Wirksamkeit eines Abfindungsvergleichs	924
V. Anpassung oder Änderung einer Abfindungsvereinbarung	925
1. Unvorhergesehene Spätschäden	925
2. Rentenanpassung	925
3. Zuerkennung eines weiteren Schmerzensgeldes	925
VI. Abfindungsvergleich und Anwaltshonorar	926
1. Der Erstattungsanspruch	926
2. Die Höhe der Anwaltsvergütung gemäß RVG	926
3. Vereinbarung über Gebührenaussgleich	926
§ 37 Der Kraftschadenprozess	
I. Grundlagen	928
1. Allgemeines	928
2. Berufsrechtliche Aspekte im Kraftfahrthaftpflichtprozess	929
3. Mögliche Besonderheiten bei erhobener Widerklage	929
II. Der Aktivprozess	929
1. Prüfung der Aktivlegitimation	929
2. Aktivlegitimation bei Forderungsübergang auf Sozialleistungsträger ...	931
3. Aktivlegitimation bei Leasingfahrzeugen	931
III. Passivlegitimation	932
1. Prüfung der Passivlegitimation	932
2. Der Direktanspruch gegen die Versicherung	932
3. Unfall mit Auslandsbeteiligung	933
IV. Prozessuale Fragen	934
1. Die Zuständigkeit	934
2. Widerklage	935
3. Streitwert	935
4. Bindungswirkung	936
5. Eigener Anwalt bei „fingiertem“ Unfall	936
6. Prozessuale Besonderheiten bei Vorliegen eines Unfalls nach SGB VII .	937
V. Klageanträge – Leistungs- und Feststellungsklage	937
1. Leistungsklage	937
2. Feststellungsklage	939
VI. Beweisfragen	941
1. Die Beweislastverteilung	941
2. Beweisführung	941
3. Anscheinsbeweis	942
4. Sachverständigenbeweis	943
5. Die Haftung des gerichtlichen Sachverständigen	944
6. Parteivernehmung	944
VII. Streitwert und Kosten	945
1. Streitwert	945
2. Kosten und Gebühren	945
3. Entschädigung wegen überlangen Verfahrens	946
VIII. Rechtsmittel	947
1. Checkliste: Rechtsmittel im Kraftschaden (-Prozess)	947
2. Tatbestandsprüfung und Tatbestandberichtigung	947

Inhaltsverzeichnis

3. Die Berufung im Einzelnen	948
4. Die Revision	950
5. Beschwerde	951
6. Rechtskraftwirkung	952
IX. Muster Klageschrift Schadenersatzforderung und Feststellungsklage	952
1. Muster: Klageschrift Schadenersatzforderung	952
2. Muster: Feststellungsklage, unbezifferter Klageantrag	955
§ 38 Der Anwalt in eigener Sache, Haftungsrisiko und Rechtsdienstleistungsgesetz	
I. Problemstellung	957
1. Haftungsrisiken	957
2. Vergütungsanspruch und Pflichtverletzung	958
3. Belehrungspflichten	958
4. Berufsrechtliche Risiken, speziell Interessenkollision	958
II. Vermeidung von Haftungsrisiken	959
1. Übersicht über die wichtigsten Haftungstatbestände	959
2. Ausreichende Versicherungssumme	960
3. Verjährungsbeginn bei anwaltlichen Beratungsfehlern	960
4. Verjährung und Hemmung	960
5. Verhalten im Haftpflichtfall	960
III. Das Rechtsdienstleistungsgesetz	961
1. Rechtsdienstleistungsgesetz und Rechtsdienstleistungsverordnung – RDV	961
2. Rechtsdienstleistung in Verkehrsangelegenheiten, speziell bei der Schadenregulierung	961
Teil F. Vertragliche Beziehungen im Verkehrsrecht – „Verkehrsvertragsrecht“	
§ 39 Mandatsannahme und -organisation im Verkehrsvertragsrecht	
I. Das Mandat im Verkehrsvertragsrecht	963
1. Verkehrsvertragsrecht	963
2. Klärung des Mandatsumfanges	963
3. Sichtung der Unterlagen; Abfragen relevanter Informationen	963
4. Beratung/Aufklärung	965
5. Beweissicherung	966
II. Vergütung und mögliche Rechtsschutzdeckung	966
1. Die Vergütung	966
2. Rechtsschutzdeckung	967
§ 40 Der Pkw-Kauf	
I. Verbrauchsgüterkauf	969
1. Rechtsgrundlagen	969
2. Unternehmer	969
3. Passivlegitimation bei Umgehungsgeschäft	970
4. Verbraucher- und Unternehmerstatus nicht disponibel	971
5. Täuschungen über Status	971
6. Existenzgründerfälle	972
7. Doppelstatus (Dual Use)	972
8. Beweislast für das Vorliegen eines Verbrauchsgüterkauf	972
9. Nicht-Verbraucher und Nicht-Unternehmer	972
10. Kauf des Fahrzeugs durch Verbraucher am Ende der Leasingzeit	972

11. Agenturgeschäft	973
12. Verbraucherschutzrechte beim Verbrauchsgüterkauf	973
II. Der Vertragsabschluss	974
III. Einbeziehung von AGB	975
IV. Vertragstypen mit Verbraucher – Widerrufsrecht	975
1. Außerhalb von Geschäftsräumen geschlossene Verträge	975
2. Verbraucher-Teilzahlungskauf	978
3. Verbundener Vertrag aus Kauf und Darlehen	979
4. Fernabsatz	980
V. Inzahlungnahme	984
1. Kaufvertrag mit Ersetzungsbefugnis	984
2. Doppelkauf mit Verrechnungsabrede	984
3. Getrennte Kaufverträge	985
VI. Nichtabnahme des Fahrzeugs durch den Käufer	985
VII. Sachmangel	986
1. Neufahrzeug	987
2. Gebrauchtwagen	996
VIII. Ausschluss von Sachmangelhaftungsansprüchen	1014
1. Individualvertragliche Klauseln	1015
2. Klauseln in AGB	1015
IX. Beweislastumkehr	1016
X. Die Sachmangelhaftungsansprüche	1020
1. Ersatzlieferung	1020
2. Nachbesserung	1022
3. Minderung	1028
4. Rücktritt	1028
5. Nutzungsvergütung nach Rücktritt	1029
6. Nutzungsvergütung für nach Kauf montiertes Zubehör	1030
7. Nutzungsvergütung für Überführungs- und Zulassungskosten	1031
8. Schadenersatz zusätzlich zu den Sachmangelhaftungsrechten	1032
XI. Garantie	1032
1. Neuwagen Garantien	1033
2. Gebrauchtwagen Garantien, Gebrauchtwagen Garantiever sicherungen	1035
 § 41 Das Pkw-Leasing	
I. Grundsätzliches, Vertragstypen	1037
1. Verbreitete Modelle und daraus resultierende Rechtsprobleme des Leasings	1037
2. Das Dreiecksverhältnis	1038
II. Verbraucherschutzaspekte	1039
1. Widerrufsrecht	1039
2. tung wirksam ausgeschlossener Sachmangelhaftungs- Abtre- ansprüche	1039
III. Inzahlunggabe eines Fahrzeugs	1041
IV. Sachmangelhaftungsansprüche	1041
1. Grundsätzliches	1041
2. Abwicklung	1041
V. Erwerb des Fahrzeugs durch den Leasingnehmer nach Leasingende	1043
VI. Diebstahl des Fahrzeugs während der Laufzeit des Leasingvertrages	1043
VII. Unfall während der Leasingzeit	1044
1. Aktivlegitimation	1044
2. Besonderheiten beim Totalschaden	1044
VIII. Unplanmäßige Beendigung des Leasingvertrages	1045

Inhaltsverzeichnis

IX. Planmäßige Beendigung des Leasingvertrages	1046
1. Die Abrechnung des Restwertvertrages	1046
2. Verwertung des Fahrzeugs nach Vertragsbeendigung	1047
3. Die Abrechnung des Kilometervertrages	1047
X. Verjährung	1049
§ 42 Die Pkw-Reparatur	
I. Außerhalb von Geschäftsräumen geschlossene Verträge sowie Fernabsatz	1050
1. Außerhalb von Geschäftsräumen geschlossene Verträge	1050
2. Fernabsatz	1051
II. Grundsätzliches, Abgrenzung zum Kauf mit Montageverpflichtung	1052
III. Einbeziehung der Allgemeinen Geschäftsbedingungen	1053
IV. Die finanzierte Reparatur	1054
V. Kostenvoranschlag	1055
VI. Sachmangelhaftungsausschluss	1056
VII. Pflichten des Aufnehmers	1057
VIII. Pflichten des Auftraggebers	1058
IX. Werkunternehmerpfandrecht und Zurückbehaltungsrecht	1059
X. Sachmangelhaftungsansprüche	1060
XI. Sachmangelhaftung bei „Ohne-Rechnung-Abrede“	1061
XII. Verjährung	1063
XIII. Gerichtsstand	1063

Teil G. Die Kraftfahrtversicherung

§ 43 Mandatsannahme und -organisation im Kraftfahrtversicherungsrecht	
I. Mandatsannahme	1065
II. Vergütung und mögliche Rechtsschutzdeckung	1065
1. Vergütung	1065
2. Rechtsschutzdeckung	1065
§ 44 Rechtsgrundlagen der Kraftfahrtversicherung	
I. Allgemeines und Rechtsentwicklung	1066
1. Der Begriff der Kraftfahrtversicherung	1066
2. Die Rechtsentwicklung	1067
3. Das Versicherungsvertragsgesetz	1068
II. KH-Versicherung und internationale sowie europarechtliche Regelungen	1068
1. Verordnung über Internationalen Kraftfahrzeugverkehr (IntVO)	1069
2. Europarechtliche Regelungen zur Harmonisierung der Rahmenbedingungen in der Kfz-Haftpflichtversicherung	1069
3. Der Schadenregulierungsvertreter	1070
4. Sonstige Zielsetzungen in der KH-Versicherung sowie des Pflichtversicherungsgesetzes	1076
III. Die Rechtsgrundlagen des deutschen Versicherungsrechtes	1077
1. Versicherungsvertragsgesetz (VVG)	1077
2. Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG)	1077
3. Pflichtversicherungsgesetz (PflVG)	1077
4. Auslandsfahrzeug-Pflichtversicherungsgesetz (AuslPflVG)	1078
5. Kraftfahrzeug-Pflichtversicherungsverordnung (KfzPflVV)	1083
6. AKB und TB	1084
7. BGB und HGB	1085

8. Internationales Versicherungsrecht und grenzüberschreitende Versicherungsverträge	1085
§ 45 Der Versicherungsvertrag in der Kraftfahrtversicherung	
I. Anwendung des neuen VVG/Überleitungsvorschriften	1087
II. Beteiligte Personen	1087
1. VN und Versicherer	1087
2. Versicherungsvertreter und -makler	1088
3. Der geschädigte Dritte in der Kfz-Haftpflichtversicherung	1088
4. Mitversicherte Personen	1088
III. Allgemeines zum Versicherungsvertrag in der Kraftfahrtversicherung	1089
1. Vertragsschluss	1089
2. Beginn und Dauer des Versicherungsvertrages	1090
3. Beratungs- und Dokumentationspflichten	1092
4. Informationspflichten	1093
5. Das Widerrufsrecht nach §§ 8, 9 VVG	1096
6. Anfechtung, Rücktritt, Kündigung	1097
7. Divergenz zwischen Antrag und Versicherungsschein	1098
8. Tarifierungsmerkmale	1098
9. Grenzüberschreitende Versicherungsverträge	1098
10. Kaskoversicherung bei Leasingfahrzeugen	1100
IV. Die Pflicht zur Prämienzahlung	1100
1. Allgemeines	1100
2. Erst- und Folgeprämie	1100
3. Rechtsfolgen bei verspäteter Zahlung der Erstprämie	1101
4. Rechtsfolgen bei verspäteter Zahlung der Folgeprämie	1101
5. Risikoadäquater Prämienanspruch des Versicherers bei frühzeitiger Beendigung des Versicherungsverhältnisses	1102
V. Vorläufige Deckung	1102
1. Allgemeines	1102
VI. Risikoausschlüsse und -begrenzungen sowie Leistungsfreiheit des Versicherers	1104
1. Primäre Risikobegrenzung	1105
2. Sekundäre Risikobegrenzung	1105
3. Obliegenheiten	1105
4. Vertraglich vereinbarte Obliegenheiten gem. § 28 VVG	1106
5. Gefahrerhöhung gem. §§ 23–27, 29 VVG	1108
6. Die vorvertragliche Anzeigeobligiegenheit gem. §§ 19–22 VVG	1110
7. Weitere Obliegenheiten	1111
8. Schuldhafte Herbeiführung des Versicherungsfalles	1111
9. Anzeigepflichten im Zusammenhang mit Tarifierungsmerkmalen	1111
VII. Verjährung von Ansprüchen aus dem Versicherungsvertrag	1112
1. Allgemeine Verjährungsvorschriften	1112
2. Beginn und Unterbrechung der Verjährung	1112
3. Die Verjährung des Direktanspruchs nach § 115 Abs. 2 VVG	1112
§ 46 Die Kraftfahrthaftpflichtversicherung	
I. Das Mandat in der Kraftfahrthaftpflichtversicherung	1115
1. Das Haftungsverhältnis	1115
2. Das Deckungsverhältnis	1115
II. Allgemeines	1115
1. Die Rechtsquellen	1116
2. Besonderheiten des Vertrages in der Kfz-Haftpflichtversicherung	1116

Inhaltsverzeichnis

III. Versichertes Risiko	1118
1. Gegenstand der KH-Versicherung	1118
2. Der Anspruch auf Versicherungsschutz	1120
3. Räumlicher Geltungsbereich	1121
4. Haftpflichtversicherung bei Prüfungsfahrten, Probefahrten, Überführungsfahrten	1121
5. Fahrzeugwechsel	1121
IV. Einschränkungen und Ausschluss des Versicherungsschutzes durch Obliegenheitsverletzung/Leistungsfreiheit	1121
1. Einteilung der Obliegenheiten	1121
2. Obliegenheitsverletzung vor Eintritt des Versicherungsfalles	1122
3. Obliegenheitsverletzung nach Eintritt des Versicherungsfalles	1127
4. Gefahrerhöhung	1132
5. Herbeiführung des Versicherungsfalles	1133
V. Der Repräsentant in der KH-Versicherung	1133
1. Allgemeines	1133
2. Beispiele für Repräsentanteneigenschaft	1133
3. Verneinung der Repräsentanteneigenschaft	1134
VI. Der Direktanspruch in der KH-Versicherung nach § 115 Abs. 1 Nr. 1 VVG	1135
1. Allgemeines	1135
2. Das Verweisungsprivileg	1135
3. Rechtskrafterstreckung	1136
4. Anzeigepflichten des Dritten	1136
VII. Die Deckungsklage in der KH-Versicherung	1136
1. Allgemeines	1136
2. Trennungsprinzip und Bindungswirkung	1136
VIII. Abwicklung des Versicherungsfalles	1137
1. Regulierungsbefugnis und Prozessführungsrecht des Versicherers	1137
2. Anerkenntnis- und Befriedigungsrecht des VN	1138
3. Verfügungsverbot nach § 108 Abs. 1 VVG	1138
4. Abtretungsrecht nach § 108 Abs. 2 VVG	1138
IX. Kraftfahrthaftpflichtversicherung und internationales Recht	1139
X. Verkehrsoperhilfe e. V.	1139
§ 47 Die Fahrzeugversicherung – Teilkaskoversicherung (A.2.2.1 AKB 2015)	
I. Der Versicherungsvertrag	1140
II. Versichertes Risiko	1141
1. Allgemeines zum Versicherungsschutz	1141
2. Der Versicherungsschutz im Einzelnen	1142
3. Der Versicherungsschutz gegen Entwendung	1147
4. Die Entschädigung bei Totalschaden, Zerstörung und Verlust des Fahrzeuges	1151
5. „Wieder aufgefundene“ Sachen	1153
III. Einschränkung und Ausschluss des Versicherungsschutzes, speziell bei Obliegenheitsverletzungen, sowie vorsätzlicher und grob fahrlässiger Herbeiführung des Versicherungsfalles	1154
1. Allgemeines	1154
2. Einzelfragen zur Kaskoversicherung	1154
3. Folgen der Obliegenheitsverletzung	1156
4. Grob fahrlässige Herbeiführung des Versicherungsfalles	1156
5. Motorsportveranstaltungen oder -aktivitäten	1158

§ 48 Die Fahrzeugversicherung – Vollkaskoversicherung (A.2.2.2 AKB 2015)	
I. Der Versicherungsvertrag	1160
II. Versicherte Ereignisse	1161
1. Unfallschäden	1161
2. Mut- und böswillige Handlungen	1163
III. Ausschluss und Einschränkung des Versicherungsschutzes	1164
1. Allgemeines	1164
2. Einzelfälle der groben Fahrlässigkeit	1164
3. Obliegenheitsverletzungen	1170
IV. Abwicklung der Ansprüche	1171
1. Allgemeines	1171
2. Die Geltendmachung der Entschädigung und speziell Abrechnung nach der Differenztheorie	1172
§ 49 Die Kfz-Unfallversicherung (A 4 AKB 2015)	
I. Die Bedeutung der Kfz-Unfallversicherung	1177
II. Rechtsgrundlagen	1177
1. Allgemeines	1177
2. Vorläufige Deckung	1178
III. Versicherte Gefahren und Personen	1178
1. Gegenstand der Versicherung	1178
2. Unfallbegriff	1179
3. Räumlicher Geltungsbereich	1180
IV. Versicherte Leistungen	1180
1. Allgemeines	1180
2. Leistung bei Invalidität	1180
3. Leistung bei Tod	1181
4. Krankenhaustagegeld und Tagesgeld	1181
5. Fälligkeit	1182
6. Neubemessung des Invaliditätsgrades	1182
7. Sonstiges	1182
V. Einschränkung und Ausschluss des Versicherungsschutzes	1183
1. Ausschluss bestimmter Unfallursachen	1183
2. Ausschluss bestimmter Unfallfolgen	1183
§ 50 Schutzbriefversicherung (A.3 AKB 2015)	
I. Die Bedeutung der Schutzbriefversicherung	1185
II. Rechtsgrundlagen	1185
III. Versicherte Gefahren, Personen und Leistungen	1186
IV. Ausschlüsse und sonstige Leistungseinschränkungen	1187
V. Exkurs: Ansprüche aus der Reparaturkostenversicherung	1188
1. Umfang des Versicherungsschutzes	1188
2. Bedeutung der Versicherung	1189
§ 51 Fahrerschutzversicherung (A.5 AKB 2015)	
I. Die Bedeutung der Fahrerschutzversicherung	1190
II. Rechtsgrundlagen	1190
III. Versicherte Gefahren und Personen	1191
1. Personenschäden	1191
2. Der berechtigte Fahrer	1191
3. Unfälle beim Lenken	1191
IV. Versicherte Leistungen	1192

Inhaltsverzeichnis

V. Ausschlüsse und sonstige Leistungseinschränkungen	1193
1. Ausschlüsse	1193
2. Subsidiarität	1195
§ 52 Leistungsfreiheit und Regress in der Kraftfahrtversicherung	
I. Der Regress in der Kfz-Haftpflichtversicherung	1196
1. Die Regress nach § 116 Abs. 1 VVG	1196
2. Weitere Regresstatbestände	1198
II. Der Regress in der Kaskoversicherung	1198
1. Der Regress nach § 86 Abs. 1 VVG	1198
2. Weitere Regresstatbestände	1201
III. Der Regress bei ungerechtfertigter Bereicherung und unerlaubter Handlung	1201
1. Der Regress nach §§ 812 ff. BGB	1201
2. Der Regress nach §§ 823 ff. BGB	1203
IV. Der Regress des Sozialversicherungsträgers	1203
§ 53 Verfahrensrecht in der Kraftfahrtversicherung	
I. Allgemeines	1206
1. Die Besonderheiten des Versicherungsprozesses	1206
2. Checkliste zur versicherungsrechtlichen (prozessualen) Auseinander- setzung	1207
II. Der Versicherungsprozess in der Kraftfahrtversicherung	1208
1. Prozessuale Besonderheiten im Haftpflicht- und Versicherungsprozesses	1208
2. Klageart und Anträge	1210
3. Gerichtsstand, speziell für die Deckungsklage	1210
4. Prozessführungsrecht der klagenden Partei	1211
5. Passivlegitimation	1211
6. Streitwert	1212
III. Beweisfragen und Beweislastverteilung im Versicherungsprozess, speziell Regressprozess	1212
1. Allgemeines und die einzelnen Fallgestaltungen	1212
2. Beweisfragen im Rückforderungs-, Regressprozess des Versicherers	1213
IV. Klage gegen Leistungsablehnung gemäß § 12 Abs. 3 VVG	1214
V. Sachverständigenverfahren	1214
1. Sachverständigenverfahren, Rechtsgrundlage	1214
2. Das Sachverständigenverfahren	1214
3. Verbindlichkeit/Unverbindlichkeit des Gutachtens	1215
VI. Außergerichtliche Streitschlichtung und Ombudsmann	1216
1. Die mögliche außergerichtliche Streitschlichtung	1216
2. Beschwerde beim Ombudsmann	1216
§ 54 Die Beteiligung von Rechtsschutz in der Kraftfahrtversicherung	
I. Rechtsschutz zum Versicherungsvertragsrecht	1219
1. Der grundsätzlich mögliche Rechtsschutz	1219
2. Ausgeschlossene Rechtsschutzdeckung	1221
3. Die Meldung des Rechtsschutzfalles	1222
II. Der Versicherungsschutz zu einzelnen Arten der Kraftfahrtversicherung ..	1224
1. Versicherungsschutz für Interessenwahrnehmung aus Versicherungs- verträgen	1224
2. Mitversicherte Personen	1224
3. Der Umfang der Rechtsschutzdeckung	1225
4. Rechtsschutz und Sachverständigenverfahren	1226

III. Der Versicherungsfall bei Streitigkeiten aus Versicherungsverträgen	1226
1. Versicherungsfall iSd. § 4 Abs. 1 lit. c) ARB 2010	1226
2. § 4 Abs. 3 lit. a) ARB 2010	1228
IV. Die ARB 2012, ARB 2019 und 2021	1228
§ 55 Die Anwaltsvergütung in der Kraftfahrtversicherung	
I. Allgemeines	1230
II. Kosten und Gebühren	1230
1. Außergerichtliche Angelegenheit	1230
2. Gerichtliches Verfahren	1231
3. Sachverständigenverfahren gemäß § 14 AKB	1231
4. Beratung und „erstes Gespräch“	1232
III. Beratungs- und Prozesskostenhilfe	1232
1. Beratungshilfe	1232
2. Prozesskostenhilfe (PKH)	1234
3. Kostenschutz durch Rechtsschutzversicherung und/oder Gewerkschaft	1236
IV. Gegenstandswert	1236
1. Rechtsgrundlagen des materiellen Streitwertrechtes	1236
2. Gegenstandswert/Streitwert in versicherungsrechtlichen Angelegen- heiten	1236

Teil H. Sonstige Rechtsgebiete und Verfahren mit straßenverkehrsrechtlichem Bezug

§ 56 Sozialvorschriften – Lenk- und Ruhezeiten	
I. Rechtsgrundlagen	1240
1. EU-Regelungen	1240
2. Europäisches Übereinkommen über die Arbeit des im internationalen Straßenverkehr beschäftigten Fahrpersonals (AETR) vom 1.7.1970 ...	1241
3. Nationale Vorschriften der Bundesrepublik Deutschland	1241
4. Rangfolge	1242
II. Überblick über die Lenk- und Ruhezeiten	1242
1. Anwendungsbereich	1242
2. Begriffsbestimmungen	1243
3. Lenk- und Ruhezeiten	1243
III. Arbeitszeit	1249
1. Angestellte Kraftfahrer	1249
2. Selbständiger Kraftfahrer	1250
IV. Kontrollmöglichkeiten der Behörden	1251
1. Straßenkontrolle	1251
2. Betriebskontrolle	1254
V. Bußgeldvorschriften	1257
1. Überblick über Zuwiderhandlungen	1257
2. Verantwortliche	1259
3. Bedeutung der Bußgeldrichtlinien/Bemessung der Geldbuße	1260
4. Gewerbezentralregister	1264
VI. Prozessuales	1264
1. Verjährung, Verfahrensablauf	1264
2. Kosten und Gebühren	1265

Inhaltsverzeichnis

§ 57 Transportrecht, Gefahrgut und LKW-Maut

I. Güterkraftverkehrsgesetz (GüKG)	1267
1. Begriffsbestimmungen	1268
2. Gewerblicher Güterverkehr	1270
3. Werkverkehr	1278
4. Bundesamt für Logistik und Mobilität	1278
5. Bußgeldvorschriften	1281
6. Kosten und Gebühren	1284
II. Gefahrgut	1284
1. Begriffsbestimmungen	1284
2. Gefahrgutvorschriften im Überblick	1284
3. Beförderung gefährlicher Güter	1287
4. Begleitpapiere	1288
5. Fahrzeug- und Beförderungsarten	1289
6. Sicherheitsausrüstung der Fahrzeuge	1289
7. Kennzeichnung von Gefahrgut	1290
8. Durchführung der Beförderung	1291
9. Gefahrgutbeauftragter	1292
10. Pflichtverletzungen der Beteiligten	1294
11. Verstöße und ihre Ahndung	1296
12. Kosten und Gebühren	1299
13. Nützliche Internet-Adressen für den Bereich Gefahrgutbeförderung ...	1300
III. LKW-Maut	1300
1. Begriff der Maut	1300
2. Rechtsgrundlagen	1300
3. Mautpflicht	1301
4. Befreiung von der Mautpflicht	1301
5. Mautschuldner	1303
6. Berechnung und Höhe der Maut	1304
7. Erhebung der Maut	1305
8. Pflichten des Mautschuldners	1306
9. Mautkontrollen	1308
10. Mautverstöße und deren Ahndung	1309
11. Kosten und Gebühren	1311

§ 58 Einziehungsverfahren gemäß § 29a OWiG

I. Entstehungsgeschichte	1313
1. Zweck der Vorschrift	1314
2. Anwendungsbereich	1314
II. Struktur des § 29a OWiG	1315
1. Tatbestandsmerkmale	1315
2. Tatbestandsvarianten	1317
3. Berechnung des Einziehungsbetrags	1320
III. Prozessuales	1327
1. Verfahrensarten	1327
2. Zuständigkeiten, Formvorschriften und Verjährung	1328
3. Sicherungsmaßnahmen	1329
4. Vollstreckung der rechtskräftigen Einziehungsanordnung	1330
IV. Rechtsanwaltsgebühren	1330

Sachverzeichnis	1331
-----------------------	------